

Ausgabe
Groß-Berlin

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Brünings künftiger Bundesgenosse auf dem Kriegspfad

Hitler spornt zu neuen Bluttaten an

Ein „Erlaß“ an seine Terrorbanden — Hahnenschwanz und Hakenkreuz im Putschbund

Aus einer Kundgebung des Nazi-Oberhäuptlings Hitler an seine Terrorbanden erfährt man, daß die SA bereits zehn Jahre bestehen und, falls Hitler nicht übertritt, zahlenmäßig so stark sind wie Reichswehr und Schupo zusammen. Aber man erfährt aus dieser Kundgebung noch mehr: nämlich die sehr interessante Tatsache, daß sich Hitler trotz aller Legalitätsbeteuerungen mit dem illegalen Treiben der hakenkreuzlerischen Terrorbanden identifiziert. Der „Erlaß“ hat folgenden Wortlaut:

SA-Kameraden!

Am 4. November 1931 besteht die SA zehn Jahre.

In einem Jahrzehnt opfervollen und fanatischen Kampfes, unermüdlicher und zäher Arbeit und Hingabe, ist aus einer kleinen Schar einsatzbereiter Kämpfer ein Heer vom Hakenkreuz erwachsen, das heute schon das zweite Hunderttausend überschritten hat.

Wenn ich Euch an diesem Gedenktage meinen und der Gesamtbewegung Dank und die uneingeschränkte Anerkennung ausspreche, so weiß ich, daß sie Euch nur ein Ansporn sein wird, auf dem bisherigen Wege fortzuschreiten, dem unaufhaltsamen Sieg entgegen.

Vorwärts sei auch die Losung für die Tage und Wochen des Kampfes, die vor uns liegen.

Der Oberste SA-Führer
Adolf Hitler.

Hitler spricht, im überheblichen Tonfall gekrönter und vom Gottesgnadentum gesalbter Häupter, seinen Mordbanden „uneingeschränkte Anerkennung“ aus und ermuntert sie, „auf dem bisherigen Wege fortzuschreiten“. Die SA werden das nicht anders verstehen können, als daß sie wie bisher Arbeiter überfallen, mißliebige Passanten belästigen, morden und totschiessen sollen. Die feigen Bluttaten von Braunschweig, der Mord an einem Hamburger Bürgerschaftsmitglied, der gegenwärtig vor dem Hamburger Schwurgericht verhandelt wird, die Ueberfälle auf Arbeiter, die sich in letzter Zeit bedrohlich häufen — kurzum, die brutale Mordpraxis der SA findet in diesem Erlaß die uneingeschränkte Anerkennung des Mannes, der Legalität beschworen hat und gegenwärtig mit dem Zentrum über seine künftige Beteiligung an der Regierung verhandelt.

Vielleicht kann man Herrn Brüning und dem Zentrum bald zu diesem allerchristlichsten Bundesgenossen gratulieren? Nun, der Herr Reichskanzler soll seine Erfahrungen nur machen; aber vielleicht tut er gut daran, seinen eigenen Kopf festzuhalten, wenn das große „Köpferollen“ beginnt. Aber er so gut wie der Sadistenchef können sich auf eines verlassen: die Arbeiterschaft wird den Kopf nicht verlieren!

Hitler, Steidle und Seipel

Harzburg-Habsburger Einheitsfront

CNB, Wien, 5. November.

Nach einer Meldung des „Neuen Wiener Tagblatts“ aus Innsbruck hat Dr. Steidle in einer Heimwehrversammlung, zu der auch Nationalsozialisten eingeladen waren, über das Verhältnis zwischen Heimwehr und Na-

tionalsozialisten gesprochen. Dr. Steidle erklärte, die Tiroler Heimwehr sei gewillt, ihre Unabhängigkeit gegenüber jeder politischen Partei zu wahren.

Die Heimwehren und die Nationalsozialistische Partei verfolgten beide dasselbe Ziel, Gegnerschaft zum gegenwärtigen System.

Ueber die Einstellung der Heimwehren zur Frage der Staatsform führte Dr. Steidle aus, es sei ein Naturrecht jeder Nation, ihre Teile auf geschlossenem Lebensraum zu sammeln. Sobald dieses „Naturrecht der deutschen Nation“ sichergestellt sei, dann erst werde die Frage aktuell, zu welchem Zeitpunkt und unter welchen Voraussetzungen der Zusammenschluß der deutschen Nationen im mitteleuropäischen Raum erfolgen kann; eine Volksabstimmung dürfte dabei nicht zu umgehen sein. Diskussionen über die Frage der Staatsform seien im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zweckmäßig. Wir stehen, so fuhr Dr.

Steidle fort, heute derart unter dem Druck ausländischer politischer und wirtschaftlicher Gewalten, daß es unter Umständen geradezu verhängnisvoll werden kann, durch solche unzweckmäßigen Auseinandersetzungen die Einmischung fremder Mächte heraufzubeschwören.

Man weiß bei dieser ganzen Sache nicht, wer von dem ehrenwerten Trifolium den andern betrügen will. Es sind nämlich drei, die an der Strippe ziehen. Hitler läßt Steidle tanzen, und an der Strippe, die dem Hampelmann Hitler als Rückgrat dient, zieht Seipel, der es nicht verschmerzen kann, nicht das Oberhaupt Oesterreichs oder vielmehr eines legitimistischen Oesterreich-Ungarns zu sein. Der Klügste von allen ist sicherlich der Prälat, aber er hat schon öfter so fein gespielt, daß es zur Feingebung und so könnte ihm auch diesmal unversehens die Strippe aus der Hand gleiten, die er schon fest und sicher zu halten glaubt.

schon gehört, „dieses Problem ist aber nicht zu lösen lediglich durch einseitige Lohnsenkung, denn das würde letzten Endes nichts weiter zur Folge haben, als eine weitere Einschränkung der Kaufkraft und damit die Wirtschaft selbst schädigen.“

Es muß möglich sein, daß die einzelnen Berufsgruppen sich schließlich verständigen, und das wird gelingen, bei gegenseitigem aufrichtigen Verständigungswillen.

Noch einmal: Wir kennen die Weise, wir kennen den Text, wir kennen auch die Verfasser. Verständigung zwischen den „einzelnen Berufsgruppen“, mit andern Worten Arbeitsgemeinschaft, das heißt auf „sanfte Weise“ der Arbeiterschaft die letzten Lohngrößen aus der Tasche holen, das heißt sie Schritt um Schritt ihrer sozialen Rechte auf dem Wege der „Reform“ berauben, das heißt zum Schluß, sie

reif machen für ein faschistisches Experiment,

mit dem das Zentrum trotz aller Dementis nicht nur gespielt hat, sondern seiner ganzen Wesensart nach auch weiter spielen wird, bis es zu einem Abschluß — Stichtag ist der Februar nächsten Jahres — so oder so gekommen ist. Herr Hitler kennt seine Chancen, und Herr Brüning kennt die seinen. Und dessen stärkste Trumpfkarte ist wie von je beim Zentrum: Geduld, Zeit und Schlaueit.

Blutige Arbeitslosenkundgebung in Palästina

Reuter, Jerusalem, 4. November.

Bei einer Kundgebung israelitischer Arbeitsloser vor Orange-Plantagen, auf denen arabische Arbeiter beschäftigt waren, kam es in der jüdischen Kolonie Hederah zu einem Zusammenstoß zwischen den Teilnehmern an der Kundgebung und der Polizei. Dabei wurden zwanzig Personen verletzt, davon fünf schwer. Vier Personen wurden verhaftet.

Zeitungsverbote

Magdeburg, 4. November.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat die hier erscheinende kommunistische Tageszeitung „Tribüne“ auf die Dauer von vier Wochen verboten.

Rostock, 5. November.

Der mecklenburg-schwerinsche Minister des Innern hat das kommunistische Organ für beide Mecklenburg, die „Volksmacht“, für die Zeit vom 3. bis 30. November verboten.

Zentrum spielt den Harmlosen

Kaas lehnt 'Koalitionsgerede' ab — Brüning's Trumpf: Arbeitsgeme'nschaft

Das Zentrum darf man nicht nach seinen Worten, man muß es nach seinen Taten beurteilen. Es gehört zur Zentrums politik, immer mindestens zwei Eisen im Feuer zu haben, wenn möglich mit mehreren Bällen zu spielen. Unter den politischen Jongleuren muß man dem Zentrum schon den Rang eines Rastelli zubilligen. Deshalb bedeutet es auch sehr wenig, wenn etwa der Führer der preußischen Zentrumsfraktion, der Abgeordnete Heß, strikte in Abrede stellt, daß man jemals daran gedachte habe, mit dem Hakenkreuz ein Bündnis einzugehen. An dem gleichen Tag als dieses „Dementi“ in der Presse erschien, schrieb die „Germania“, daß gegenwärtig (!) eine Koalitionsänderung nicht in Frage kommt. Neue Entschlüsse nach außen und innen müßten erst „heranreifen“.

In diesem Sinne muß man auch die Reden beurteilen, die am Donnerstag im Reichsparteiausschuß des Zentrums gehalten wurden. In seiner Eröffnungsansprache meinte Herr Kaas,

die deutsche Zentrumspar tei hätte wichtigeres zu tun als sich mit dem koalitions politischen Gerede auseinanderzusetzen,

das in den letzten Wochen gewisse Kreise außerhalb der Reihen des Zentrums beschäftigt habe. „In einem Augenblick“, so fuhr Herr Kaas fort, „wo die politische Gesamtsituation und die parlamentarischen Entscheidungskämpfe der jüngsten Zeit ein klares Wort nach dieser Richtung verlangten, wenn nicht mit dem Sturz der Regierung Brüning unabweisbares Unheil für Staat und Volk heraufbeschworen werden sollte, ist ein solches Wort von der Reichstagsfraktion der deutschen Zentrumspar tei in einem eindeutigen Beschluß ausgesprochen worden. Mir ist nicht bekannt, daß inzwischen Tatsachen eingetreten wären, die geeignet sind, die sachlichen Voraussetzungen des damaligen Beschlusses zu verändern oder herabzumindern. Vor dem zweiten Kabinett Brüning und damit auch vor der dieses Kabinett aus staatspolitischer Ueberzeugung stützenden deutschen Zentrumspar tei stehenden außenpolitischen Aufgaben von geradezu gigantischer Größe und von

schicksalsentscheidender Auswirkung für Staat und Volk. In solcher Lage die Aktionsfähigkeit und die Verhandlungschancen des Kabinetts durch Erörterungen der bezeichneten Art zu behindern oder zu vermindern, ist nach unserer Kenntnis und Anschauung der Dinge nicht zu verantworten.“

Man müsse das bewahren, was ist, und es nicht in Experimenten opfern, deren Ausgang niemand berechnen und darum auch niemand verantworten könne.

In einer anderthalbstündigen Rede beschäftigte sich dann der

Reichskanzler Dr. Brüning mit innen- und außenpolitischen Fragen. Wie schon im Reichstag beschwerte sich der Reichskanzler über „das Maß der Unanständigkeit“, mit der gegen ihn gefochten wurde. Für die Reichsregierung gebe es nur den Weg der Ergreifung sachlich notwendiger Maßnahmen. Welcher Art diese sachlichen Maßnahmen sein werden, zeigt der Schlüsselpassus, der nichts anderes ist als die oft gespielte, aber schon beträchtlich abgeleierte Walze. Die Selbstkosten der deutschen Wirtschaft müßten gesenkt werden, um sie konkurrenzfähig zu erhalten. „Dieses Problem“, sagt Herr Brüning, und auch das haben wir

Die Kündigung der 200 000

Verbrecherisches Unternehmertum

Im Rheinland und in Westfalen werden im Laufe dieser Woche die Unternehmer im Auftrage des Arbeitgeberverbandes der deutschen Textilindustrie allen Textilarbeitern kündigen. Der Zweck dieses Gewaltaktes ist, auf die Regierung und auf die Schlichtungsbehörden den schärfsten Druck auszuüben, damit sie sich zu einer weitgehenden Lohnsenkung bereit erklären.

Die Massenkündigung ist ausgesprochen worden, obgleich die Verhandlungen, die zwischen Unternehmern und Gewerkschaften über die Lohnsätze und über die Tarifverträge geführt werden, bisher noch nicht abgebrochen sind. Auch Schlichtungsverhandlungen haben bisher nicht stattgefunden. Das Vorgehen der Unternehmer ist ein glatter Gewaltakt, der

die Arbeiter veranlassen wird, mit schärfsten Mitteln sich ihr Recht zu bewahren.

Dieser Gewaltakt der Unternehmer hängt zweifellos zusammen mit den Verhandlungen, die augenblicklich im Kabinett im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsbeirat geführt werden, um eine Produktionskostensenkung herbeizuführen. Die Unternehmer wollen durch diese Massenkündigung demonstrieren, daß sie unter Produktionskostensenkung wie immer einfach eine Lohnkostensenkung verstehen. Das Schicksal der Textilarbeiter im Rheinland und in Westfalen ist das Schicksal der gesamten Arbeiterklasse Deutschlands. Die Arbeiterschaft muß sich geschlossen hinter die zunächst betroffenen Arbeitskollegen stellen.

Zeitbilder

Es geschehen noch Zeichen und Wunder! Ein Finanzminister fordert vom Heeresminister stärkste Einsparungen an Meer und Flotte! Der Mann muß Mut haben! Oder einen kugelsicheren Panzer! Denn sowas heißt doch an die heiligsten Güter der Nation rühren. Sie meinen vielleicht, das unglückliche Vorkommnis sei in Deutschland passiert? Und so habe sich die Umbildung des Kabinetts Brüning doch gelohnt und die Tolerierungspolitik der SPD sei gerechtfertigt? Ach nein, die Meldung kommt aus einem anderen, aus einem „barbarischen“ Land. Sie lautet so:

Tokio, 4. November.

Der Finanzminister hat den Minister für Meer und Flotte auf die unumgängliche Notwendigkeit stärkerer Einsparungen aufmerksam gemacht. Er wies auf das voraussichtliche Defizit in den Staatseinnahmen des nächsten Jahres hin, das u. a. auf die Aufgabe des Goldstandards durch Großbritannien zurückzuführen sei.

In Deutschland gibt es zwar auch ein Defizit in den Staatseinnahmen, aber bei uns weiß man, was sich gehört. Und wenn wir sparen, dann haben wir andere Objekte als die Reichswehr. Welche? Nun, das Rätsel mag der Leser lösen!

5

Was tut ein Nazi, wenn er gemordet hat? Er beruft sich auf „sinnlose Betrunkenheit“, wir wir das jetzt wieder in dem Hamburger Prozeß erleben. (Was die Banditen aber nicht hindert, ihren Mann sehr genau aufs Korn zu nehmen.) Immerhin ist es für diese rohen, ungebildeten Gesellen vielleicht eine Entschuldigung, daß sie von den Phrasen der Hetzapoetel tatsächlich sinnlos besoffen gemacht werden. Aber ein „gebildeter“, studierter Mann weiß doch sicherlich besser Bescheid und wird wohl genügend Selbstachtung haben, für seine Taten einzustehen. Wird er?

Da ist in Trier ein wohlbestallter Amtsgerichtsrat, Herr Siedorf. Der Herr Rat, der in den Gesetzen ja Bescheid wissen muß, hatte eines Nachts den „hübschen“ Einfall, ruhestörenden Lärm zu vollführen. Aber nicht nur „so“, wie er das vielleicht aus seiner Studentenzeit her gewöhnt ist, sondern mit scharfen Schüssen aus seinem Revolver. Und einer dieser Schüsse ging ausgerechnet in die Wohnung eines sozialdemokratischen Gewerkschaftssekretärs. Was ist Herrn Siedorf bis jetzt geschehen? Anscheinend nichts, denn vor uns liegt die folgende Meldung:

CNB. Trier, 5. November.

Amtsgerichtsrat Siedorf, der auf die Wohnung eines sozialdemokratischen Gewerkschaftssekretärs Ende Oktober nachts einen Schuß abgegeben hatte, hat den Landgerichtspräsidenten um Urlaub gebeten, der ihm bewilligt worden ist. Gleichzeitig wurde er von seiner Diensttätigkeit entbunden. Siedorf erklärte, stark nervös zu sein.

Bei seiner Vernehmung am gestrigen Mittwoch sagte Amtsgerichtsrat Siedorf aus, er sei in der Tatnacht stark betrunken gewesen, was auch von einigen Zeugen bestätigt wurde. Er könne sich nicht erinnern, geschossen zu haben; später habe er allerdings festgestellt, daß aus seiner Pistole mehrere Schüsse abgefeuert worden seien. Durch die Schüsse, von denen zwei in die Luft und der dritte, wie oben erwähnt, auf die Wohnung eines sozialdemokratischen Gewerkschaftssekretärs abgegeben worden waren, war niemand verletzt worden.

Was würde der Herr Amtsgerichtsrat sagen, wenn ein anderer solche Schießerei als einen Anflug „starker Nervosität“ erklärt? Er würde lachen und den Uebelthäter — und nicht zu knapp! — verkackern. Was würde der Herr Richter Siedorf zu einem Kommunisten sagen, der „ganz zufällig“ in die Wohnung eines Naziführers geschossen hätte und diesen Zufallstreffer mit starker Betrunkenheit entschuldigt? Er würde die Moraltrumpete an den Mund setzen und den „roten Verbrecher“ ins Gefängnis oder ins Zuchthaus schicken. Der Privatmann Siedorf aber, der geschossen hat, läßt sich beurlauben — nicht ins Gefängnis, sondern in ein Sanatorium, um sich von seiner „Nervosität“ zu heilen. Die Justiz aber hat das Nachsehen, und sie wird wohl auch nachsichtig bleiben. Denn es ist ja einer von den ihrigen, und das, Bauer, ist ganz etwas anderes!

Sie randalieren weiter

Der Hallenser Studenten skandal.

Anlässlich einer Vorlesung des Universitätsprofessors Dr. Dehn in Halle, kam es zu neuen nationalsozialistischen Ausschreitungen. Nazistudenten versammelten sich auf dem Universitätsplatz und in den umliegenden Straßen. Sie verlagten stürmisch den Abbruch der Vorlesungen Dehns. Erst allmählich konnte die Polizei die Ruhe wieder herstellen.

Am Freitag soll eine Studentenversammlung stattfinden, in welcher der Rektor und mehrere Professoren sprechen werden. Nach einer Meldung des WTB, wird damit gerechnet, „daß in diesen Besprechungen die Basis für eine friedliche Beilegung des Konfliktes geschaffen wird“. Man darf darauf gespannt sein, wie diese Basis aussieht.

Moloch Ostelbien

Der Wahnsinn der Osthilfe

Neuer Subventionsdreh — Preußen wird ausgeschaltet

Neuer Subventionsdreh — Preußen wird ausgeschaltet

Gerade diejenigen Kreise, die jede Fürsorgetätigkeit der öffentlichen Hand für Erwerbslose, notleidende Kleinrentner, für Arme und Kranke wütend bekämpfen, die in hämischen Tönen vom „Fürsorgestaat“, vom „Rentnerstaat“ sprechen — gerade diese Kreise pflegen den Staat in oft geradezu schamloser Weise für ihre eigene Tasche in Anspruch zu nehmen. Als nach dem unglückseligen Ruhrkrieg das Reich große Mittel für den notleidenden Westen zur Verfügung stellte, haben nicht etwa die durch Inflation und Arbeitslosigkeit ruinierten Proletarier Entschädigungen für ihre Opfer erhalten, sondern die durch die Inflation entschuldete und reich gewordene Industrie hat die 700 Millionen ein-kassiert. Nach ähnlichen Prinzipien wird die

wesentlich anders auffassen und behandeln wird als Treviranus. Das heißt:

auch er wird nichts von Siedertätigkeit wissen wollen, auch er wird den kleinen und mittleren Bauern nicht gerade die gleiche Sympathie entgegenbringen wie seinen großagrarischen Freunden.

Der Gegensatz zwischen einer sozial und wirtschaftlich aufgefaßten Osthilfe und der großagrarischen Auffassung ist bereits dadurch sinnfällig geworden,

daß Preußen sich von der ganzen Aktion zurückgezogen hat.

Die preußische Regierung war nämlich der Ansicht, daß die unrettbaren, weil für ewig unrentablen Großgüter für eine großzügige Bauernsiedlung verwandt werden sollen. Auch in dieser Sache wird wieder die Schwäche der preußischen Regierung, d. h. der Sozialdemokratie, der Reichsregierung gegenüber deutlich. Sie mußte vor dem Willen Brünings und seiner großagrarischen Verbündeten kapitulieren.

Eine sehr große Zahl der Rittergüter, die durch die Osthilfe gestützt werden sollen, ist nicht etwa nur durch die gegenwärtige Krise in Schwierigkeiten geraten. Diese Güter sind vielmehr durchaus unrentabel, sind nur durch dauernde Subventionen überhaupt zu halten. Und da selbst die riesige Subvention, die das Reich der Großlandwirtschaft in Gestalt ungeheurer Agrarzölle gewährt, nicht genügt, so müssen die Steuerzahler auch noch direkt Millionenbeträge an die verschuldeten Krautjunker zahlen.

Seit 60 Jahren verteuern die Landbarone dem deutschen Arbeiter das Brot durch hohe Zölle und andere Auflagen.

Ein großer Teil der Gutsherren bezahlt seit Ewigkeit keine Steuern, läßt die Arbeiter, die oft schlechter als die Hunde be-

handelt werden, für einen Hungerlohn schaffen — um soziales Elend kennen zu lernen, braucht man nur in die Käte eines Gutsarbeiters einen Blick zu werfen! Diese Kreise hetzen gegen die Sozialgesetzgebung, die den deutschen Arbeiter bestenfalls vor dem Hungertod schützen kann; das Volk ist für sie nur Rindvieh, wie es ein prominenter Vertreter dieser Schicht einmal im Reichstag offenherzig ausgedrückt hat. Aber sie haben den Mund voller nationaler Phrasen; sie sehnen sich zurück nach dem alten Dreiklassenstaat, in dem ihnen kein Prolet in die ausbeuterische Politik hineinreden durfte.

Die Reichsregierung hat durch die Schielepolitik den Getreidepreis in Deutschland auf dem dreifachen Niveau des Weltmarktes gehalten.

Die Reichsregierung unternimmt „Roggenstützungsaktionen“, zahlt Millionenunterstützungen und sorgt wahrhaft väterlich für die reaktionären Herrschaften Ostelbiens. Aber die Großagrarien sind unersättlich. Wie lange soll das so weitergehen? Wie lange wird sich der Arbeiter das Brot verteuern lassen, auf daß es den Baronen gut ergehe und sie mit teuren Luxusautos zu Stahlhelm- und Hitlerparaden fahren können. Mit den Steuer-groschen, die auf dem Weg über die Osthilfe in die Säcke der Landadligen fließen, werden jene Bewegungen und Parteien finanziert, die die Volksrechte zerschlagen wollen und sie teilweise schon zerschlagen haben.

Wie lange noch Osthilfe? Nun, nur noch so lange, als der privatkapitalistische Egoismus den Staatsapparat beherrscht und das arbeitende und steuerzahlende Volk für die Interessen der kleinen Schicht der Großbesitzer ausschachten kann.



Schlange-Schönungen

Der neuernannte Kommissar für die Osthilfe, soll nach bisher unbestätigten Meldungen als Minister ohne Portfeuille in das Reichskabinett eintreten.

„Osthilfe“ gehandelt. Den Klein- und Mittelbauern wird nichts oder wenig gegeben, dagegen werden Millionen und aber Millionen den Großgrundbesitzern in den Rachen gestopft.

95 Prozent der genehmigten Anträge auf Zuwendungen aus der Osthilfe kommen von Bauern und noch keine 5 Prozent von Großagrarien; dennoch wird fast die Hälfte der verfügbaren Mittel den Krautjuckern in die Taschen gesteckt.

Diese Methode ist nicht nur unsozial, sondern auch wirtschaftlich verfehlt.

Um diesen Irrsinn zu verstehen, muß man bedenken, daß in Wirklichkeit weder soziale noch wirtschaftliche Motive ihn bestimmen. Den Ausschlag geben vielmehr militärische Phantasien und die Wahneideen von der „nationalen Autarkie“.

Herr Treviranus, der bisherige Kommissar für die Osthilfe, hat sich vor einiger Zeit als begeistertster Anhänger dieser Idee von der „nationalen Autarkie“ bekannt; und man weiß auch aus seinen unheilvollen politischen Reden, daß er ein eingeschworener Polenfeind ist, der mit der Möglichkeit eines deutsch-polnischen Krieges rechnet. Herr Schlange-Schönungen, der das Ostkommissariat jetzt übernehmen wird, ist zwar ein wesentlich vernünftigerer und politisch klügerer Mann als sein Vorgänger — aber auch er kann nicht aus seiner Haut. Er ist selbst Großgrundwirt, er ist in den konservativen Ideen aufgewachsen und man wird daher von ihm kaum erwarten können, daß er seine Aufgabe

Militarismus über Polen

Rüstung gegen den „inneren Feind“

Warschau, 5. November

Im Sejm wurde gestern Abend mit den Stimmen des Regierungsblocks ein Gesetz verabschiedet, durch das die Regierung ermächtigt wird,

bei irgendeiner „dem Staate drohenden Gefahr“ die Eisenbahn zu militarisieren.

Ein Antrag der Nationaldemokraten, daß diese Maßnahme nur bei drohender Kriegsgefahr durchgeführt werden dürfe, wurde abgelehnt. Bisher durfte die Bahn nur im Falle der Mobilmachung oder des Krieges militarisiert werden.

Der Sejm nahm ferner ein Gesetz an, wonach Kriegsgesetz, das im Lande nicht hergestellt wird, zollfrei eingeführt werden kann. Bei Erörterung dieser Vorlage behauptete ein Redner der Rechtsopposition, daß eine Reihe hoher Militärs in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Verwaltungsrats verstaatlichter Werke der Kriegsindustrie Tantiemen bezögen. Demgegenüber stellte der Vizeminister im Kriegsministerium, General Składkowski, fest, daß diese militärischen Verwaltungsratsmitglieder für ihre zusätzliche Arbeit nur 200 Zloty monatlich als Sonderversgütung bezögen.

Vermutlich wird der Sejm Ende der Woche nach Beendigung der allgemeinen Aussprache über den Haushaltsplan auf einen Monat vertagt.

Regierungsumbildung?

Warschau, 5. November.

Blättermeldungen zufolge werden hier seit einigen Tagen Gerüchte über eine angeblich bevorstehende Umbildung der polnischen Regierung verbreitet. Vor allem spricht man von einem Rücktritt des erkrankten Finanzministers Johann Pilsudski, des Bruders des Marschalls. Auch im Innenministerium, dem gegenwärtig Oberst Pieracki vorsteht, soll ein Personenwechsel vorgenommen werden.

Massenverhaftung englischer Studenten

„Wegen kommunistischer Umtriebe“

London, 5. November.

Hundertfünfzehn Studenten verschiedener Universitäten sind unter der Beschuldigung, an kommunistischen Umtrieben beteiligt gewesen zu sein, verhaftet worden. Sie sollen Kundgebungen anlässlich des Jahrestages der bolschewistischen Revolution am Sonnabend geplant haben.

Der blutige Imperialisismus

Tokio, 5. November.

Nach amtlichen Mitteilungen an das Kriegsministerium sind bei dem gestrigen Gefecht zwischen chinesischen und japanischen Truppen am Nonni-Fluß 15 Japaner getötet worden. Seitens des Kriegsministeriums wird erklärt, daß die Japaner von dem chinesischen General Matchangsch in einen Hinterhalt gelockt wurden. Infolgedessen würden die Japaner die Besetzung auf das Nordufer des Flusses ausdehnen, um die mit der Ausbesserung der Brücke beschäftigten Soldaten zu schützen.

Schanghai, 5. November.

An den Kämpfen, die einige Meilen südlich von Angantschi um den Besitz der Eisenbahnbrücke, die über den Nonni-Fluß führt, begannen, waren 5000 chinesische Soldaten und zwei Bataillon Japaner beteiligt.

Gegen die Revolutionsfeier!

Demonstrationsverbot in Dresden

Dresden, 5. November

Das Polizeipräsidium Dresden hat vom heutigen Tage ab bis zunächst zum 11. November dieses Jahres einschließlich alle Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge in der Stadt Dresden verboten. Das Polizeipräsidium wird, wie erklärt wird, dem Demonstrationsverbot mit allen Mitteln, gegebenenfalls auch mit Waffengewalt, Geltung verschaffen.

Das Spiecker-Büro aufgelöst

Die Reichswehr übernimmt seine Funktion

Der Reichswehrminister — Verzeihung: der Reichsinnenminister Groener hat jetzt die Aufhebung der Dienststelle zur Beobachtung der rechtsradikalen Bewegung im Reichsinnenministerium verfügt. Der Leiter dieses Kommissariats, Ministerialdirektor Spiecker war schon seit Wochen beurlaubt. Seit Wochen also hat diese Dienststelle nicht mehr funktioniert. Während sich die Bluttaten der Hitlerbanden häufen und die Bürgerkriegsgefahr durch die Hakenkreuzler täglich verstärkt wird, kassiert der Verfassungsminister eine Institution, die bei richtiger Handhabung außerordentlich wertvolle Dienste zum Schutz der Verfassung hätte leisten können.

Auch diese Maßnahme Groeners liegt ganz auf der Linie seiner Politik, die Aufgabe des Verfassungsschutzes und der Sicherung von „Ruhe und Ordnung“ auf das Reichswehrministerium überzuleiten. Daß diese Aufgabe dort in Händen ist, zu denen die republikanische Bevölkerung nicht gerade restloses Vertrauen hat, braucht nicht erst nach dem Versöhnungsfrühstück zwischen v. Schleicher und Hitler betont zu werden.

ILP-Gruppe trennt sich von Labour-Fraktion

Die Unabhängige Arbeiterpartei Englands repräsentiert bekanntlich den marxistischen Flügel der Arbeiterpartei. Sie führt seit je ein eigenes Organisationsleben, obwohl sie der Arbeiterpartei angehört. Diese Fraktionsbildung — das sei im Vorbeigehen bemerkt — hat der Partei nie etwas geschadet. Was ihr geschadet hat, war vielmehr, daß sie die Warnungen der ILP (Independent Labour-Party) in den Wind schlug, bis es jetzt zu dem „Bergrutsch“ gekommen ist.

Nun ist die Arbeiterpartei, ob sie will oder nicht, in die Opposition gedrängt worden, die ILP jedoch ist von der inneren Umkehr der Führer der Labour-Party noch keineswegs überzeugt. Jedenfalls hat sie, wie wir dem Blatt der Arbeiterpartei, dem „Daily Herald“ entnehmen, sich von der Fraktion getrennt. Die Gruppe, die aus Maxton, Kirkwood, Buchanan, McGovern und Wallhead besteht, hat folgende Begründung für diesen Schritt veröffentlicht:

„Unsere Erfahrung mit der Arbeiterpartei in den letzten Jahren ist so gewesen, daß wir unsere politischen Aktionen solange nicht unter ihre Kontrolle stellen können, bis wir Beweise dafür haben, daß eine innere Rückkehr zu sozialistischen Prinzipien bei ihr erfolgt ist.“

Tages-Chronik der SAZ

Raubmord am Wedding

Am Donnerstagmittag wurde in Berlin der 19 Jahre alte Arbeiter Fritz Kirchert, der bei seiner Mutter im Hause Kösliner Straße 4, Nähe Bahnhof Wedding, wohnt, ermordet aufgefunden. Die Behausung befindet sich im ersten Stock des Quergebüdes. In Abwesenheit der Mutter müssen der oder die Täter in die Wohnung eingedrungen sein und den jungen Mann ermordet haben. Vielleicht sind es auch Bekannte, denen Kirchert nichtsahnend geöffnet hat. Die Leiche weist Kopfverletzungen auf. Vermutlich ist Kirchert mit einem Handtuch erdröselt worden, nachdem die Schläge ihn nicht getötet hatten. Sämtliche Behälter in der Wohnung waren geöffnet und durchwühlt. Was gestohlen worden ist, konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

4 Millionen Rohrpostbriefe

wurden im letzten Geschäftsjahr in der Reichshauptstadt befördert

Die Berliner Rohrpost, die heute schon mit einer Länge von rund 370 Kilometern und beinahe 100 Stationen die bedeutendste Anlage ihrer Art in der Welt ist, hat im letzten Geschäftsjahr über 4 Millionen Briefe befördert. Diese verteilen sich auf 3 327 800 Rohrpostbriefe und Karten und 757 000 Eilbriefe, die ebenfalls durch Rohrpost befördert werden. Außerdem sind mit der Rohrpost im letzten Geschäftsjahr 3 063 000 Telegramme befördert worden.

Eine neue Rohrpostlinie nach Berlin-Tempelhof wird noch in diesem Jahre versuchsweise in Betrieb genommen werden. Wie sämtliche andere in den letzten Jahren erbauten neuen Linien ist auch die neue Rohrpostlinie zweigleisig ausgebaut worden, so daß große Geschwindigkeiten erzielt werden können.

Von der 15-m- zur 60-m-Schiene

Um die Zahl der Schienenstöße zu vermindern und dadurch das Reisen in der Eisenbahn angenehmer zu machen, geht die Reichsbahn dazu über, die Schienen zu verlängern. Zunächst wurden 15 m lange Schienen verwendet; bei Brücken, Ueberwegen und Tunnel ging man bis zu 18 m. In den letzten Jahren wurden 30-m-Schienen verlegt, die sich durchaus bewährt haben und auf den wichtigsten Strecken, die dem internationalen und dem FD-Zugverkehr dienen, eingebaut worden sind. Gegenüber den 15-m-Schienen ist dadurch die Zahl der Schienenstöße um die Hälfte vermindert worden, so daß ein ruhigerer Lauf der Fahrzeuge erzielt werden konnte. Bis Ende 1930 waren etwa 3800 km Strecke mit 30-m-Schienen ausgerüstet. Neuerdings unternimmt die Reichsbahn Versuche, 30-m-Schienen aneinanderzuschweißen, um so eine durchgehende Schiene von 60 m zu erhalten. Mit derartigen Schienen von 60 m Länge waren Ende 1930 bereits 60 km und mit Schienen von mehr als 60 m etwa 10 km Strecken vorhanden.

Ermäßigung der Eisenbahntarife in der Tschechoslowakei

Aus Prag wird berichtet: Das Eisenbahnministerium beschäftigt sich mit der Prüfung von Tarifanträgen der Staatsbahndirektion, die dem Zweck dienen, der Konkurrenz des Autobusverkehrs durch Ermäßigung der Personentarife zu steuern. Nach den bisher vorliegenden Beschlüssen werden zum 15. November neue Tarife in Kraft treten, die auf verschiedenen Strecken Fahrpreisermäßigungen bis zu 33 Prozent bedeuten. Auch die Preise auf zahlreichen Schnellzugstrecken von 100 Kilometer aufwärts sollen bis zu 33 Prozent herabgesetzt werden.

Im Schacht totgequ coast

(Eigene Meldung der „SAZ“)

B. Dortmund, 4. November. Im Untertagebetrieb der Vestag-Schachtanlage „Fürst Hardenberg“ geriet der 31jährige Anschläger Artur Barzewski in einem Blindschacht zwischen Förderkorb und Schachtzimmerung. Der Verunglückte, verheiratet und Vater eines Kindes, war auf der Stelle tot.

Wieder ein Schmuggler erschossen

WTB. Cleve (Rheinprovinz), 5. November. Zollbeamte trafen gestern nachmittag auf der Straße Cleve-Donsbruggen den 21 Jahre alten Arbeiter Anton Hebben aus Donsbruggen auf einem mit Schmugglerware beladenen Fahrrad. Auf die Haltrufe der Beamten flüchtete der Schmuggler, und als auch die Warnungsschüsse unbeachtet blieben, schossen die Beamten auf Hebben und verwundeten ihn so schwer, daß er kurz nach der Einlieferung ins hiesige Hospital starb. Der Schmuggler hatte insgesamt zehn Pfund Kaffee und Tabak bei sich.

Reif zum Abbau.

„Ungebühr“ vor Gericht

Eine zeitgemäße Betrachtung von Dr. Werner Arendt

Zu jenen alten Zöpfen, die nur aus Versehen bisher noch nicht abgeschnitten worden sind, gehört auch die Bestrafung wegen „Ungebühr vor Gericht“. Hierbei handelt es sich nämlich um die Ordnungsstrafen, welche das Gericht gemäß § 178 des Gerichtsverfassungsgesetzes verhängen darf, und zwar gegen Parteien, Zeugen, Sachverständige oder bei der Verhandlung nicht beteiligte Personen, die sich im Gerichtssaal aufhalten. Die Bestrafung kann in Geldstrafe bis zu 100 Mk. oder Haftstrafe bis zu 3 Tagen bestehen.

Da das Gericht ja ohnehin die Befugnis besitzt, Personen, welche die Verhandlung irgendwie stören, aus dem Saale entfernen zu lassen, und da jede Störungshandlung, die z. B. eine Körperverletzung, eine Beleidigung oder einen groben Unfug in sich schließt, außerdem noch strafrechtlich verfolgt wird, sind die zusätzlichen Ordnungsstrafen wegen Ungebühr vor Gericht wirklich überflüssig. Schwere Verstöße, welche doch immer eines der genannten Delikte enthalten müssen, werden auf strafrechtlichem Wege so scharf geahndet werden, daß dagegen selbst die höchste Ordnungsstrafe wirklich nicht ins Gewicht fällt. Somit trifft die Strafe wegen „Ungebühr“ vor Gericht immer nur die „kleinen“ Übeltäter, d. h. Personen, die, ohne irgendein Strafgesetz zu verletzen, dennoch dem Gericht durch die Art ihres Auftretens zur Verhängung einer Ordnungsstrafe Anlaß geben. In solchen Fällen ist eben die Strafe viel zu hart und außerdem fehlt es hier in jeglicher Weise an den erforderlichen Rechtsgarantien. Jedem Bestraften wird, wenn es sich nicht gerade um eine Haftsache handelt, von der Vollstreckungsbehörde (Staatsanwaltschaft) eine gewisse Zeit zur Ordnung seiner persönlichen Angelegenheiten gelassen. Dadurch soll vermieden werden, daß er nicht durch die Strafe in einer über den eigentlichen Strafzweck hinausgehenden Weise geschädigt werde. Jedem Bestraften mit Ausnahme derjenigen, die vom Reichsgericht als alleiniger Instanz verurteilt worden sind, stehen gewisse Rechtsmittel zur Verfügung, wodurch die Vollstreckung der Strafe hinausgeschoben wird. Dieses Recht hat jeder Dieb und jeder Betrüger, aber wer sich des „Verbrechens“ einer Ungebühr vor Gericht schuldig gemacht hat, der kann

ohne Rücksicht auf den ihm hierdurch vielleicht erwachsenden beruflichen Schaden auf der Stelle in Haft genommen werden und seine Beschwerde gegen den Beschluß, durch den die Ordnungsstrafe verhängt wurde, hat keine aufschiebende Wirkung in Bezug auf die Vollstreckung.

Hierzu kommt, daß derselbe Richter, der von der ungebührlichen Handlung betroffen worden ist, die Strafe selbst verhängen kann.

Was hierbei für ein Unsinn herauskommen kann, soll an folgenden Beispielen gezeigt werden:

a) Ein Kutscher sagt auf der Straße zu einem Landgerichtsdirektor, mit dem er in Streit gerät: „Flegel!“
Gerichtsverfahren, Bestrafung des Kut-

schers. Der Landgerichtsdirektor kann hier höchstens Zeuge, aber niemals Richter sein. Dem Angeklagten bleiben die Rechtsmittel gegen das Urteil vorbehalten.

b) Ein angeklagter Kutscher sagt im Gerichtssaal zu dem die Verhandlung führenden Landgerichtsdirektor: „Flegel!“

Sofort zu vollstreckende Ordnungsstrafe von drei Tagen Haft wegen Ungebühr vor Gericht, die hier der durch den Ausdruck beleidigte Richter selbst verhängt. Ferner ein Gerichtsverfahren wie zu a).

c) Der Landgerichtsdirektor nennt in der Verhandlung, die er gegen einen angeklagten Kutscher führt, diesen „Flegel“, worauf der Angeklagte mit den Worten: „Sie sind selbst ein Flegel!“ erwidert.

Sofort zu vollstreckende Ordnungsstrafe von drei Tagen Haft wie zu b). Ferner Gerichtsverfahren. In diesem Gerichtsverfahren würde zwar der Kutscher auf jeden Fall aus § 199 StGB. (auf der Stelle erwiderte Beleidigung) freizusprechen sein, und aus demselben Gedankengange heraus würde eine Beschwerde des Kutschers gegen die Ordnungsstrafe auch den Erfolg haben, daß die Strafe aufgehoben werden würde. Sie wäre aber inzwischen verbüßt.

d) Der angeklagte Kutscher wirft dem Landgerichtsdirektor in der Verhandlung ein Schreibzeug nach dem Kopf und verletzt ihn schwer.

Gewiß wäre der verletzte Richter noch berechtigt, gegen den Angreifer die Ordnungsstrafe von drei Tagen Haft zu verhängen, aber wäre das angesichts der Strafe, die der Mann hierfür vom Gericht sowieso zu erwarten hat, mehr als lächerlich?

Die Ordnungsstrafen wegen „Ungebühr“ vor Gericht sind aber auch deswegen schon zur Abschaffung reif, weil hier das Prinzip, daß alle Bürger vor dem Gesetze und vor dem Gerichte gleich sein sollten, in allzu augenfälliger Weise durchbrochen wird. Ungebührstrafen gegen Staatsanwälte hat das Gesetz nie gekannt, weil der Gesetzgeber vielleicht annahm, daß ein Staatsanwalt sich überhaupt nicht ungebührlich betragen könnte. Der § 180 GVG., der den Gerichten das Recht gab, auch Rechtsanwälte wegen Ungebühr in eine Ordnungsstrafe von 100 Mk. zu nehmen, ist in der Nachkriegszeit gefallen. 45 Jahre hat man geglaubt, dieses Mittel zur Aufrechterhaltung der Würde beim gerichtlichen Verfahren nicht entbehren zu können, dann fiel — endlich! — diese Bestimmung. Und siehe da: es geht auch so! Es würde sicher nun noch viel besser gehen, wenn die Ordnungsstrafe wegen Ungebühr vor Gericht, die, wie gesagt, nur die „kleinen“ Ordnungsstörer übermäßig hart trifft, die „großen“ aber nicht im geringsten in ihrem Betätigungsdrange behindern wird, gänzlich abgeschafft werden würde. Die Richter bedürfen als Sitzungspolizei keines besonderen Schutzes vor dem Publikum, und wer schützt dieses schließlich, wenn nun mal die Ungebühr nicht vor, sondern hinter den Gerichtsschranken begangen wird? Wenn hier die allgemeinen Strafgesetze genügen, so dürfte das wohl auch dort der Fall sein.

Ein Institut für Medizingeschichte

In Düsseldorf wird mit dem neuen Semester ein Institut für Geschichte der Medizin eröffnet werden. In erster Linie soll die Anstalt der Erforschung der Geschichte der Krankheiten und ihren Behandlungen dienen. Ferner ist die Schaffung einer allgemeinen historischen Bibliothek an der medizinischen Akademie in Düsseldorf beabsichtigt.

Freitod eines Arztes

CNB. Stettin, 5. November

Heute morgen wurde die Mordkommission der Kriminalpolizei zu dem außerhalb der Stadt liegenden Ernst-Moritz-Arndt-Krankenhaus gerufen, wo der Chefarzt der Anstalt, Dr. Goerlitz, erschossen aufgefunden worden war. Da schon am 19. Oktober ein Attentat auf Dr. Goerlitz verübt worden sein sollte, nahm man zunächst an, daß es sich um ein Verbrechen handelte. Die Polizei hat aber festgestellt, daß Dr. Goerlitz sich selbst erschossen hat. Dr. Goerlitz hatte versucht, seinen Selbstmord zu verschleiern, indem er einen Unfall beim Reinigen seiner Pistole vorzutäuschen versuchte. Man glaubt, daß Dr. Goerlitz wegen zerrütteter Nerven in den Tod gegangen ist.

Vom Personenzug erfaßt

WTB. Baden-Baden, 5. November

Ein Kraftwagen durchfuhr gestern nachmittag in der Nähe des Bahnhofs Baden-Baden-West in großer Geschwindigkeit die geschlossene Bahnschranke, wurde von einem Personenzug erfaßt und etwa 60 m weit mitgeschleift. Der Chauffeur, ein italienischer Staatsangehöriger, erlitt so schwere Verletzungen, daß er noch gestern abend im Krankenhaus starb. Der Eigentümer des Wagens, ein Hotelbesitzer aus Brig in der Schweiz, kam mit leichteren Verletzungen davon. Der Wagen ist vollkommen zertümmert worden.

Kinder als Kaufobjekt

Eine vom Völkerbund organisierte pädagogische Kommission begibt sich in nächster Zeit nach China, um mit der dortigen Regierung die Möglichkeiten einer Unterdrückung des Kinderhandels und der Verklauung der Minderjährigen zu besprechen. Der Kinderverkauf in China hat in der gegenwärtigen Krisenzeit ungeheuer zugenommen. Die Millionen von Flüchtlingen, ihrer Habe und Mittel völlig beraubt, können ein Säckchen Bohnen oder Reis oftmals nur — gegen eines ihrer Kinder eintauschen, wenn sie nicht verhungern wollen.

Orkan über England

Vier Personen getötet

WTB. London, 5. November. Ein Orkan, der zwanzig Stunden lang über Großbritannien dahinbraust, hat bedeutende Schäden und Ueberschwemmungen in Wales, Yorkshire und dem Seengebiet verursacht. Viele Straßen sind überschwemmt und durch Erdbeulen versperrt. Vier Personen wurden getötet.

Dekabristen-Denkmal

In Leningrad wurde mit der Errichtung eines Denkmals für die Dekabristen begonnen. Das Denkmal wird auf der Insel der Dekabristen an jener Stelle errichtet werden, wo sich jetzt der provisorische Obelisk befindet. Dem Denkmal-Komitee gehören die Vertreter einer Reihe gesellschaftlicher, wissenschaftlicher und künstlerischer Organisationen an.

Es lebe der Völkermord!

Gasmasken für Pferde.

In Amerika wurden, wie ein Berliner bürgerliches Blatt berichtet, Versuche mit Gasmasken für Artilleriepferde angestellt. Die Pferde trugen die Masken zwei bis vier Stunden und hielten das gut aus. Im Schritt blieben die Leistungen scheinbar unverändert, während beim Traben schnell Atembeschwerden auftraten, die Pferde in starken Schweiß gerieten und bei längerem Traben anfangen zu husten. Die Völkermordtechnik schreitet immer weiter voran!

Wegweiser auf dem Meere

Die „Empress of Britain“ eines der größten englischen Dampfer, wurde auf eigenartige Weise zu einem „Wegweiser des Meeres“ eingerichtet. Die Schornsteine des schwimmenden Riesen sind mit weißer Farbe versehen worden; des Nachts werden sie zudem noch von Scheinwerfern bestrahlt, so daß es dadurch ermöglicht wird, diese Schlotweithin zu erkennen. In erster Linie will man damit Flugzeuge eine gute Orientierungsmöglichkeit schaffen. Die Schornsteine sollen in einer Höhe von 300 Metern auf über 50 Meilen sichtbar sein.

Geburtenstreik

bei den Fronbauern im 18. Jahrhundert

Zeter und Mordio schreien heute gewisse nationale Kreise über den Geburtenrückgang in Deutschland. Sie wollen nicht wahr haben, daß es eine sittliche Pflicht ist, keine Kinder in die Welt zu setzen, wenn man sie nicht ernähren kann. Sie reden von abnehmender Volkskraft, Degenerierung der Menschen durch die Sündenpfehle der Großstädte, verweisen auf die ländliche Bevölkerung, die im Gebären doch viel fleißiger sei. Die Justiz versucht durch den § 218 den Gebäährzwang von staatswegen aufrecht zu erhalten; vom Papst und seiner Enzyklika ganz zu schweigen.

Da ist es interessant, feststellen zu können, daß große Teile der ostdeutschen Landbevölkerung im 18. Jahrhundert, als sie unter Fron und Leibeigenschaft von den adligen Gutsbesitzern bis aufs Blut ausgezogen wurden, sich in zunehmendem Maße weigerten, Kinder zu zeugen. Seitdem es möglich wurde, in den Städten in steigendem Maße landwirtschaftliche Produkte gegen Geld einzuhandeln, begannen die Gutsbesitzer in Ost und Nord-Ost-Deutschland noch das Land der Bauern zu „legen“, d. h. unter Gewalt und Rechtsbeugung einzuziehen und zum Gutsländ zu schlagen. Die dem Gutsbesitzer erbuntertägigen Bauern werden als Arbeitskräfte für das Gutsländ benutzt. Nur des Nachts bei Mondschein und an den Sonntagen finden die frönenden Bauern Zeit, um

ihr eigenes spärliches Land, von dem sie leben müssen, zu bestellen.

Johann Georg Büsch, ein Hamburger Gymnasial-Lehrer und Vorsteher der hamburgischen Handlungs-Akademie, schreibt nun im Jahre 1800 in einem dickleibigen, national-ökonomischen Wälzer mit dem Titel „Abhandlung von dem Geldumlauf“ im IV. Buche „Genauere Untersuchung und Erläuterung einzelner Währheiten, den Geldumlauf betreffend“, III. Absatz § 7:

„Mir ist ein adeliges Gut bekannt, wo vor geraumer Zeit eine Beredung unter den jungen Leibeigenen aus der Erwägung ihres und ihrer Nachkommen Elendes bestand, gar nicht zu heiraten. In neun Jahren meldete sich keiner, der eine Frau hätte nehmen wollen. Sie trieben indes die Unzucht aufs Höchste, aber immer mit Onans Bosheit.“

Eine Anmerkung besagt:

„Dies hatte ich aus sicher bestätigten Zeugnissen schon geschrieben, als mir bekannt war, daß ähnliche Vorfälle auf mehreren Gütern, wo die Leibeigenschaft statt hat, vorkämen.“ Wir sehen also, auch die angeblich „kerngesunden Bauern“ sahen sich in ihrer Not zum Geburtenstreik gezwungen. Er war ein Resultat der feudalen Ausbeutung, wie er auch in unserer Zeit ein Ergebnis der wirtschaftlichen Verhältnisse ist.

H. Jacobsen, Frankfurt a. M.

Wirtschaft und Arbeit

Breslauer Metallarbeiter - Streik

Die Darstellung der Metallindustriellen — Die Vertragstreue der Linke-Hofmann-Busch-Werke — Die Stillelegung des Maschinenbaues der L.H.B.W. wegen zu hohen Löhnen — Die Folgen des Lohnabbaus

Der Streik der Breslauer Metallarbeiter wird mit Ruhe und Sicherheit weitergeführt. Ganz unberechtigte große Abzüge bei Akkord- und hochqualifizierten Lohnarbeitern sind die Ursache des Streiks. Die Abzüge sollten auf ganz diktatorischem Wege unter Ausschaltung der gesetzlichen Betriebsvertretung der Arbeiter und der Arbeiterorganisationen durchgeführt werden. Es handelt sich aber nicht nur um diese besonderen Abzüge, sondern es sollen nach den Wünschen und Verlangen der Metallindustriellen bei Abschluß eines neuen Lohn- und Akkordtarifvertrages weitere Abzüge in der Höhe, wie sie für die übrige Metallindustrie Deutschlands in Frage kommen, erfolgen. Bis heute weigern sich die Metallindustriellen Breslaus noch, einen Lohn- und Akkordtarifvertrag abzuschließen. Auch um den Abschluß eines neuen Lohn- und Akkordtarifvertrages wird der Streik der Metallarbeiter geführt. Für die Metallindustrie werden Lohnkürzungen in Höhe von 15 Prozent gefordert. Dazu kommt, daß der Verband Schlesischer Metallindustrieller E. V. auch den Manteltarifvertrag zum 31. Dezember d. J. gekündigt und mit der Kündigung Forderungen eingereicht hat, die eine ganz empfindliche Verschlechterung materieller Art für die Metallarbeiter zur Folge haben. Würden diese Abzüge, die innerhalb weniger Wochen in drei Etappen nach dem Willen der Metallindustriellen durchgeführt werden sollen, stattfinden, so dürfte dies für viele Metallarbeiter eine Kürzung um ein Viertel ihres Einkommens bedeuten. Wir wollen als Beispiel, welche ungeheuerliche Kürzungen der Verdienste die Untertnehmer vornehmen wollten, nur aus einem Betrieb den Plan der Kürzungen bekanntgeben. Es sollten gekürzt werden:

In der Dreherei I:	
„ sämtliche Metalldreharbeiten ..	um 25 %
„ Schlosserarbeiten ..	„ 20 %
„ Fräserarbeiten ..	„ 20 %
„ Stanzarbeiten ..	„ 15 %

Dreherei IV:	
„ Maschinenarbeiterinnen ..	„ 20 %
„ Dreher ..	„ 25 %
„ Maschinenarbeiter ..	„ 20 %
„ Mechaniker ..	„ 20 %

Dreherei II:	
„ Die neuesten Zeitstudienakkorde ..	„ 10 %
„ alle alten Drehakkorde ..	„ 20 %
„ Schloßerarbeiten ..	„ 15 %

In sechs weiteren Abteilungen sollten Kürzungen einmal um 20 Prozent, dreimal um 15 Prozent, einmal um 10 Prozent und einmal um 5 Prozent des Akkordüberverdienstes vorgenommen werden. Die Leistungszulagen für hochqualifizierte Facharbeiter sollten pro Stunde um 7 bis 14 Pfg. gekürzt werden.

Bei Besprechungen, die auf Verlangen der Arbeitgeber vor dem Schlichter stattgefunden haben, sind diese Forderungen von den Unternehmern schon wesentlich eingeschränkt worden. Es soll die Kürzung in der Spitze für den Akkordarbeiter pro Stunde noch 11 Pfg. betragen. Die Streikenden haben diese Vorschläge der Unternehmer einstimmig in einer geheimen Urabstimmung abgelehnt. Von diesen Kürzungen der Löhne werden nach unserer Schätzung etwa 60—70 Prozent der beschäftigten Arbeiter in den bestreikten Betrieben betroffen. Die Angaben der Metallindustriellen, daß diese Akkordüberverdienste in der Hauptsache durch unrichtige Akkordschätzungen im Laufe der Jahre entstanden sind und daß nur eine geringe Zahl der Belegschaft von dem Abbau betroffen wird, entsprechen nicht den Tatsachen. Würde nur eine kleine Zahl von Arbeitern von den Abzügen betroffen, so könnte dadurch auch die Wettbewerbsfähigkeit der Firmen nicht gehoben werden. Es gibt eine ganze Anzahl Akkorde, bei denen der Arbeiter nicht einmal seinen Tariflohn verdient. Diese Akkorde sind zu niedrig angesetzt, so daß auch der geschickteste Arbeiter dabei keinen angemessenen Verdienst erzielen kann. An die Verbesserung dieser Akkorde denken die Unternehmer nicht. Im Gegenteil. Auch diese zu niedrig angesetzten Akkorde werden teilweise von den geplanten Abzügen noch betroffen. Zu allem kommt hinzu, daß schon bisher die Akkordverdienste ganz kräftig gekürzt worden sind. Wir haben eine Anzahl Arbeiter, die pro Stunde heute 40 Pf. weniger Akkordverdienst erreichen wie vor einem Jahr. Die höheren Akkordverdienste werden auch tatsächlich nur noch von hochqualifizierten, geschickten, fleißigen Arbeitern erreicht. Selbst nach den von dem Verband Schlesischer Metallindustrieller E. V. errechneten Zahlen sind die Verdienste der Akkordarbeiter vom September 1930 bis August 1931 bis

zu 25 Pfg. pro Stunde gefallen. Seit August 1931 sind schon wieder ganz empfindliche Kürzungen der Akkordverdienste erfolgt, so daß besondere Aktionen zur Herabsetzung der Akkordverdienste in fünf Großbetrieben nicht notwendig waren.

Die Linke-Hofmann-Buschwerke erklären in der Presse, daß sie den Maschinenbau stilllegen müssen, weil die hohen Löhne und die ungünstigen Frachtverhältnisse keine Rentabilität dieses Betriebes ermöglichen. Mit der Stilllegung dieses Betriebes hat die Direktion der Linke-Hofmann-Buschwerke schon lange vor dem Streik gedroht. Es sind auch bereits lange bevor der Streik eintrat, Rentabilitätsberechnungen über den Maschinenbau angestellt worden, die die Grundlagen für die Notwendigkeit der Stilllegung erbringen sollten. Daß die Löhne in irgend einem anderen deutschen Bezirk niedriger sind wie in Breslau, bestreiten wir ganz entschieden. Eine wichtige Abteilung des Maschinenbaues, der Raupenschlepperbau, hat für hochqualifizierte Arbeiter Akkordverdienste bei höchsten Spitzenleistungen quantitativer und qualitativer Art von unter 1 RM pro Stunde. Direktor Dr. Oesterlen der Linke-Hofmann-Buschwerke hat selbst bei den Verhandlungen auf den niedrigen Akkordverdienst dieser Abteilung hingewiesen. Auch die Eisengießerei gehört zu den Abteilungen, die stillgelegt werden sollen. In der Eisengießerei ist der Durchschnittsakkordverdienst für einen Former vom September 1930 bis August 1931 von 121,6 Pfg. auf 97 Pfg. gefallen. Heute ist der Durchschnittsakkordverdienst noch viel niedriger. Diese Abteilungen sollen wegen zu hoher Löhne stillgelegt werden. Wo gibt es für diese Arbeiter in Deutschland niedrigere Löhne?

Die Vertragstreue der Linke-Hofmann-Buschwerke erscheint bei diesen Dingen in einer ganz besonderen Belichtung. Die Linke-Hofmann-Buschwerke haben bekanntlich von der Stadt Breslau einen Kredit von 9 Millionen Mark erhalten gegen die Verpflichtung, die Belegschaftsziffer der Beschäftigten in Breslau nicht unter 2600 fallen zu lassen. Die Linke-Hofmann-Buschwerke haben die Zahl der in der Eisengießerei beschäftigten Arbeiter in den letzten Jahren von 280 bis 180 abgebaut. Der Konzern hat auch eine Gießerei in seinem Werk in Bautzen. Diese Gießerei war in den letzten Monaten der Papiermaschinenfabrik in Warmbrunn, auch ein Werk des Linke-Hofmann-Buschkonzerns, sehr stark beschäftigt, so daß alle arbeitslosen Former und Gießereiarbeiter in den letzten Monaten dort beschäftigt waren. Es gab in Bautzen keine Arbeitslosen dieser Branche. Niemand wird behaupten, daß etwa der Guß für das Füllner-Werk in Warmbrunn in Bautzen billiger und besser hergestellt werden könnte als wie in der Gießerei des Werkes in Breslau. Der Vorgang beweist, daß die Linke-Hofmann-Buschwerke auf ihren Vertrag mit der Stadt Breslau pfeifen. Sie machen sich des größten Vertragsbruches schuldig. Sie hätten ohne Mühe und Unkosten dem Vertrag Rechnung tragen können, handelten aber in der Praxis so, als hätten sie der Stadt Bautzen gegenüber die Verpflichtung zu erfüllen, eine bestimmte Anzahl Arbeiter zu beschäftigen. Was sagt die Stadt Breslau zu einem solchen vertragswidrigen Verhalten der Linke-Hofmann-Buschwerke? Will sie den

Konzern nicht endlich zwingen, die Vertragspflicht, soweit dies ohne Schwierigkeiten möglich ist, zu erfüllen?

Bei Ohle's Erben wird der Streik wegen alljährlichem Abbau aller Leistungszulagen geführt. Die anderen 5 bestreikten Betriebe der Metallindustrie wollen die niedrigen tariflichen Leistungszulagen nicht abbauen. Die Firma Ohle's Erben, die dem Verband Schlesischer Metallindustrieller E. V. nicht angehört, will also noch über das Maß der Verschlechterungen des Verbandes Schlesischer Metallindustriellen hinaus Lohnkürzungen vornehmen. Die Arbeiter dort haben sich bereits, wie auch in den übrigen Betrieben, einen 6prozentigen Abzug gefallen lassen. Sie haben dann weiter für ihren Betrieb allein eine Kürzung der Leistungszulagen hingenommen und erst jetzt, als eine weitere Kürzung in Höhe bis zu 8 Pfg. pro Stunde vorgenommen werden sollte, haben diese Arbeiter gegen die ununterbrochenen Abzüge, als alle anderen Mittel, zur Verständigung zu gelangen, fehlschlagen, zum Streik gegriffen.

Bei der Firma David Grove, Zentralheizungsanlagen, streiken die Arbeiter, weil die Firma sich weigert, den mit dem Verband der Zentralheizungsindustrie vereinbarten Lohn, der auch gegenüber dem ursprünglichen Tariflohn bereits um 16 Pfg. pro Stunde gekürzt worden ist, zu zahlen. Außerdem weigert sich die Firma Grove, den Monteuren (es kommen dabei auch Installateure in Frage), die auswärts arbeiten, die mit den Unternehmern vereinbarten Montageauslösungssätze zu gewähren.

Die Folgen dieser Lohnkürzungen zeigen sich mit jedem Tag deutlicher. Die Kaufkraft großer Massen wird geschwächt. Der Absatz verringert sich. Die Stilllegung vieler Betriebe und die Vernichtung zahlreicher kleinbürgerlicher selbständiger Existenzen finden statt. Verringerung der Leistungsfähigkeit und Steigerung der Unkosten im Betriebe wegen des niedrigen Umsatzes treten ein, die durch Einsparungen an Löhnen gar nicht ausgeglichen werden können. Neue Finanzschwierigkeiten, Zunahme der Zahl der Arbeitslosen und steigende Verelendung der Massen sind die weitere Wirkung des Lohnabbaus. Dies ist der Kreislauf der kapitalistischen Wirtschaft, wie er mit einer gewissen Naturgesetzlichkeit durch den Lohnabbau erfolgen muß.

Der amtliche und nicht-amtliche Lohnabbau hat im letzten Jahre im Durchschnitt mindestens 25 Prozent betragen. Die Lebenshaltungs-Reichs-Indizes betragen im Oktober 1930 145,4, im Oktober 1931 133,1. Danach beträgt die Verbilligung der Lebenshaltung gar 8 Prozent. Nach den Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung betrug das Einkommen der Arbeiter in den Betrieben im Juni 1928 bis Juni 1929 25 Milliarden Mark, vom Juni 1930 bis Juni 1931 17 Milliarden Mark. Auch das Einkommen der kleinbäuerlichen Klasse in Deutschland hat sich von 12 auf 8 Milliarden Mark vermindert. Diese Zahlen beweisen einwandfrei, daß der Lohnabbau das ungeeignetste Mittel ist, die Krise zu beseitigen und daß er, wenn ihm nicht Einhalt geboten wird, die Krise immer mehr verschärft.

Für Sonnabend, dem 7. November 1931, sind vor dem Schlichtungsausschuß von Amts wegen die Parteien zu Verhandlungen eingeladen zwecks Beilegung des Streiks. Der Deutsche Metallarbeiterverband hat dazu den Antrag gestellt, der Schlichtungsausschuß möge einen Spruch fällen, der den bisherigen Lohn- und Akkordtarifvertrag wieder in Kraft setzt.

Zuspitzung in der Kölner Metallindustrie

Die Kölner Metallindustriellen versuchen ihre Lohnabbauforderungen, die bis zu 22 Prozent gehen, nunmehr, da der Schiedsspruch „nur“ 6½ Proz. Abbau brachte, auf einem anderen Weg durchzusetzen. Sie kündigten in den Betrieben durch Anschlag für das Ende dieser Woche die Arbeitsverträge und bieten neue Verträge an. Die Fortsetzung der Arbeit soll als Einverständnis mit den vorgesehene neuen Arbeitsbedingungen gelten.

Die Kölner Metallindustriellen verlangen also von ihren Arbeitern, daß sie künftig nur noch zum nackten Tariflohn arbeiten. Die Situation in der Kölner Metallindustrie ist durch das Vorgehen der Arbeitgeber scharf gespannt.

Moskau bekommt Untergrundbahn

Anfang 1932 Baubeginn

Nachdem nunmehr das Bauprojekt der Moskauer Untergrundbahn endgültig fertiggestellt ist, soll, wie wir erfahren, mit Anfang des Jahres 1932 die Aufnahme der Bauarbeiten unter Beteiligung ausländischer Firmen erfolgen. Im Projekt ist die Errichtung von 5 Linien mit einer Gesamtlänge von rund 75 km vorgesehen, deren erste bereits im Jahre 1933 in Betrieb genommen werden soll. Die Baukosten stellen sich auf ca. 876 Mill. Rubel. Die Bauarbeiten werden voraussichtlich 1935 beendet sein.

Rußland gibt Arbeit Neue Aufträge der UdSSR für die Schichau-Werft

Die Sowjetregierung hat die Anfertigung von zwei großen Eimerbaggern in Auftrag gegeben, die bis zum Mai 1932 ablieferungsbereit sein müssen. Diese Bagger erhalten voraussichtlich eine Länge von 60 Metern und weisen eine Leistungsfähigkeit von 500 bis 600 cbm Baggerschlick in der Stunde auf.

Nazi-Feder gegen Inflation — aber für Inflationsgeld

Er begreift immer noch nichts
Magdeburg, 4. Nov. (Eigene Meldung.)

In einer Wirtschaftskundgebung sprach am Dienstagabend in Magdeburg der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Feder über „Die Wirtschaftspolitik des Dritten Reiches“. Die Rede war insofern bemerkenswert, als sie aufgebaut war auf der Voraussetzung, daß die Nationalsozialisten unmittelbar vor der Ergreifung der politischen Macht ständen. Der Redner wies die Behauptung, die Nationalsozialisten wollten die Inflation, energisch zurück. Das Ziel der Wirtschaftspolitik des Dritten Reiches, die in dem Reichswirtschaftsrat der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei heute schon vorbereitet werde, sei sowohl die Ueberwindung des Kapitalismus wie die des Marxismus. Zur Verwirklichung der Wirtschaftspolitik des Dritten Reiches würden bestimmte Uebergangsmaßnahmen notwendig sein, um die sieben Millionen Arbeitslose von den Straßen wegzubekommen. Als solche Uebergangsmaßnahmen nannte Feder: 1. die Arbeitsdienstpflicht, 2. die Ermäßigung oder den Erlaß der Hauszinssteuer gegen die Vornahme von Reparaturen an den Häusern, 3. ein besonderes Geld, das geschaffen werden müßte, aber nicht wie bei der Inflation für das Ausland, sondern für die innere Produktion. Dieses Geld brauche durchaus nicht neu geschaffen zu werden, es könnte erzeugt werden durch die Schaffung von Krediten, 4. Importeinschränkung. In die Produktionswirtschaft selbst dürfte der Staat im Dritten Reich nicht eingreifen. Feder, der Finanzminister des „Dritten Reiches“, bleibt also seiner Inflationstheorie treu; er lernt nichts zu.

Nazi-Streikdemagogie

Im Hamburger Hafen sind unter kommunistischer Führung verschiedene Teilstreiks ausgebrochen.

Das Hamburger NSDAP-Organ veröffentlicht nun am Dienstag einen Artikel des Bürgerschaftsmitgliedes Schlicht, in dem die Werktätigen aufgefordert werden, „keine Arbeit im Hafen zu leisten, solange den Arbeitern ihre primitivsten Rechte vorenthalten werden.“

Die Nationalsozialisten setzen mit dieser Stellungnahme, die nur dem Zwecke dient, unter den Hafenarbeitern Boden zu gewinnen, wie beim Berliner Metallarbeiter ihr demagogisches Doppelspiel fort. Auf der einen Seite lassen sie sich vom Großkapital finanzieren, auf der andern propagieren sie wilde Streiks, allerdings nur solange, bis sie selbst größeren Einfluß gewonnen haben. Dann verraten sie die Arbeiter regelmäßig.

Von gewerkschaftlicher Seite wird der kommunistischen Behauptung einer weiteren Verbreiterung der Streikbewegung widersprochen. Von einer Lahmlegung des Hamburger Hafens könne keine Rede sein.

Kohleverbrauch pro Kopf in Deutschland

Auf Grund der letzten Erhebungen sank, durch die allgemeine Wirtschaftslage verursacht, der Kohleverbrauch pro Kopf in Deutschland auf 1,9 t, während sich derselbe im Jahre 1924 auf 2,09 und auf 2,67 t im Jahre 1929 stellte. Die Ausgaben der Haushaltungen für Kohle bewegten sich innerhalb des vergangenen Jahres zwischen 70 und 100 M. Trotz Schrumpfung der Einkommen haben die Ausgaben für Kohlen in 1931 den Vorjahresumfang bereits überschritten.

Feuilleton der SAZ

Du gehst zum Kampf

Von Marcel Martinet

Du gehst zum Kampf.
Du verläßt
die Werkstatt, die Schreibstube, den Bauplatz, die Fabrik.

Du verläßt, Landmann,
den umgestürzten Pflug in der Furche,
das reife Korn, die Traube am Stock,
und die Rinder, die von der Weide her dir zubrüllen.

Bergmann, du verläßt den Schacht,
wo du deine Lungen ausspeist als schwarzen Schleim,

Glasbläser, du verläßt die Glut des Ofens,
der deine irren Augen belauert,

und du, Soldat, du verläßt die Kaserne, Soldat,
den dumpfen Hof, in dem man herumlungert,
das dumpfe Leben,
in dem man gründlich den Beruf verlernt,
du verläßt die Straße der Kneipen,
die Kantine, die Dirnen.

Du gehst zum Kampf.
Du gehst zum Kampf?
Du verläßt deine Livree? Du verläßt dein Elend?
du verläßt das Werkzeug, das dem Meister dient?

Du gehst kämpfen?

Wohl gegen den Schönbart, deinen Brotherrn?
Gegen den Minenaktionär?
Und gegen den Hüttenbesitzer?

Gegen den jungen Herrn im Smoking?
Der zur Welt kam,
um in intimen Salons mit Kellnern zu schimpfen
und mit deinen Töchtern sich zu betrinken?
An deinem Wein, Weinbauer!
Aus deinem Glas, Glasbläser!

Gegen sie, die in ihren Kasernen
dich abrichten, sie zu beschützen,
ihre Haut, ihren Besitz zu schützen
vor jeder zagen Auflehnung deiner Brüder
in Bergwerk, Werkstatt oder Bauplatz,
deiner Brüder, Arbeiter!?

Armer, du gehst zum Kampf?
Gegen die Reichen? Gegen die Herren?
Gegen sie, die dein Teil verzehren,
gegen sie, die dein Leben verzehren,
gegen die Wohlgenährten,
die das Teil und das Leben deiner Söhne verzehren?

Du gehst kämpfen für dein Brot?
Für das, was du denkst, für das, was du fühlst?
Für deine Kleinen, für die Mutter deiner Kleinen?
Gegen sie, die dich geplündert haben?

Armer Gebeugter, armer Gestrandeter,
armer Aufwiegler, du gehst zum Kampf?
Gegen sie, die dir gaben eine Seele der Armut,
ein Herz des Verzichts, ein Herz des Besiegten?

Armer Knecht, Arbeiter.

Mit ihnen, die dir gaben eine Seele der Armut,
mit dem Reichen, mit dem Herrn,
mit ihnen, die bei deinen Streiks auf dich schießen ließen,

die den Lohn dir verkürzten,

für sie, die um ihre Fabriken
Kirchen bauten und Spelunken,
und dein Weib und dein Kind ohne Brot
vor leerem Schranke weinen ließen,
für sie, die eine Seele der Armut dir gaben,

mit dem Reichen, mit dem Herrn,
gegen die Enterbten, gegen die Geknechteten.
gegen deinen Bruder, gegen dich selbst
gehst du kämpfen, kämpfen!

Geh!

Auf euren Kongressen drückt ihr einander die Hand, Kameraden!
ein Blut, ein Körper.
Berlin, London, Paris, Wien, Moskau, Brüssel,
Ihr wart da!

Das ganze Volk der Arbeiter war da;
die alte Welt, roh und bedrückend, fühlte schon eure geeinigten
Hände auf sich lasten,
zitternd, da über ihrer Ungerechtigkeit, ihrer Tyrannei, die Stimme
des Rechts und der Freiheit grollend sich erhob.

Das war gestern.

Errichter der Gemeinschaft,
freie und stolze Seelen, offenerherzige,
ihr wart da, aufrechte Waffenbrüder,
zusammengeschweißt vor dem gemeinsamen Feind,
gestern.

Und heute?
heute lauernd wie gestern.
Berlin, London, Paris, Wien, Moskau, Brüssel,
ihr seid da, das ganze Volk der Arbeiter ist da,
ja, es ist da, das ganze Volk der Hörigen!
das Volk der Schwätzer und der meineidigen Brüder!

Diese Hände, die du drücktest,
jetzt halten sie Flinten, Lanzen, Säbel,
sie bedienen Kanonen, Mörser, Maschinengewehre,
gegen dich!
und du? auch du hast Mitrailleusen,
auch du hast dein gutes Gewehr
gegen deinen Bruder.

Arbeiter, an die Arbeit!
Gießler von Creusot,
vor dir steht ein Gießler von Essen,
töte ihn.
Bergmann von Sachsen,
vor dir steht ein Bergmann von Lens,
töte ihn!
Docker von Havre,
vor dir steht ein Docker von Bremen,
töte und tötet, töte ihn! tötet euch!
Arbeiter an die Arbeit!

O, sieh deine Hände!

O Armer, Arbeiter, Knecht,
Siehe deine schweren schwarzen Hände
mit deinen beiden Augen, die schwach sind und gerötet,
sieh deine Tücher und ihre fahlen Wangen,
sieh deine Söhne und ihre hageren Arme,
sieh ihre Erniedrigung
und deine alte Gefährtin, sieh ihr Gesicht,
das eurer zwanzig gemeinsamen Jahre
und ihren dürrtigen Körper und ihre welke Seele —
und noch eins —
sieh vor dir — das Massengrab,
deine Kameraden, Vater, Mutter

Und jetzt, jetzt, geh! kämpfe!

Auch das noch! aber es blieb mir weiter
nichts übrig als näher zu treten und ein paar
anerkenkende Worte zu sagen.

Sie hob den Kleinen aus der Wiege und
hielt ihn mir entgegen.

Vom Oberschenkel anfangend, hatte ein
Granatsplitter den Leib des Säuglings aufge-
schlitzt bis hinauf zur Brust, dort war er
steckengeblieben.

Zwei Tage lag ich dort in Quartier.

Gnädige Frau, darf ich Sie bitten, Ihren
Gott zwischen der Majestät der Alpen und den
erzählenden Sternen auf einige Augenblicke
zu vergessen und sich möglichst lebendig vor-
zustellen — vielleicht unterstützt es Ihre Vor-
stellungskraft, wenn Sie an Ihren eigenen
Sohn dabei denken —.

Zwei Tage habe ich die arme wahnsinnige
Mutter beobachtet, wie sie die zerfetzte Leiche
ihres Kindes an die Brust legte, Wiegenlieder
und Choräle summt, wie sie ihren Jungen
badete, das Wasser wurde rosa gefärbt von
der zerissenen Bauchhöhle — können Sie sich
das gut vorstellen, ja? Wie die kleinen Därme
wie Nabelschnuren im Wasser plätscherten?
— dann packte sie ihn sorgsam in Windeln,
schaukelte die Wiege...

Gelinkt es Ihnen, diese Mutterliebe
nachuempfinden, die aus Verzweiflung der
Wirklichkeit in den Wahnsinn flüchtete?

In jenen beiden Tagen, gnädige Frau, habe
ich Gott erlebt, jenseits von allem Denken.

Ich erschloß die arme Mutter, als wir aus
dem Dorf wieder abzogen. Ihr Kind in der
Wiege stank schon vor Verwesung.

Das war mein erstes Erleben Gottes.

Es blieb nicht das einzige.

Tausendfach habe ich ihn erlebt auf
den Schlachtfeldern, im Wimmern verstümmel-
ter Menschen und Tiere, in den fie-
bernden Augen tuberkulöser Kinder, in
den fiebernden Augen tuberkulöser Kinder, in
der mit Maschinengewehren zusamme-
geschossenen Empörung hungernder Erwerbs-
loser... Vielleicht, gnädige Frau, wäre es für
die Erweiterung und Vertiefung Ihrer religiö-
sen Empfindungen sehr förderlich, wenn Sie
einmal, statt einer Reise in die Alpen eine
gründliche Studienreise in die Proletarierviertel
der Großstädte unternehmen würden!

Die Hauptsache

Goethemünzen in Vorbereitung

Anlässlich der 100. Wiederkehr des Todes-
tags Goethes werden vom Reiche eine
Goethe-Medaille und eine Goethe-
Münze vorbereitet. Die Münze wird ein Er-
innerungstaler sein. Die Reichspost wird eine
Goethe-Postkarte verbreiten, deren
Entwurf von Prof. E. R. Weiß in Berlin
stammt. Die Reichsdruckerei bereitet für die
Reihe ihrer „Deutschen Kunstbücher“ eine Ver-
öffentlichung des Reichskunstwart Dr. Edwin
Redslob vor, die an Hand von kleinen Licht-
drucken der Bildnisse Goethes, der Goethe-Stät-
ten u. a. das Leben Goethes darstellt. Die
Universität Leipzig wird zur Erinnerung an
ihren bedeutendsten Studenten wahrscheinlich
eine Preismedaille herausbringen.

Ein neues

Element entdeckt?

Von den 92 chemischen Elementen
waren bisher noch zwei, Nr. 85 und 87,
unbekannt. Sie wurden vorläufig Eka-Jod und
Eka-Zarium genannt, da infolge des periodi-
schen Systems ihre Eigenschaften erraten
werden konnten. Aus Amerika wurde vor
kurzem vom Polytechnischen Institut in Al-
hambra gemeldet, daß das Element 85 ent-
deckt sei. Die Bestätigung dieser Nachricht
bleibt abzuwarten.

Krieg den Gleichgültigen

Haiduken! Solange bis ein Rudel Wölfe
zu einer Herde Schafe wird, muß unsere Hoff-
nung auf ein besseres Leben sich an die Men-
schen klammern, welche leiden. Von ihnen gibt
es zweierlei: solche, die in der Mühsal leben
und solche, die die Großmut ihres Herzens
quält. Ich weiß euch nicht zu sagen, welche
der beiden Arten am unerschütterlichsten in
der Güte ist, doch weiß ich, daß man einem
Menschen Vertrauen schenken kann, solange
er leidet.

Hingegen Krieg bis aufs Messer jenem
Menschen, der gegenüber dem allgemeinen
Schmerz gleichgültig bleibt und ganz beson-
ders dem, der in der Lage ist, Gerechtigkeit
zu üben und es nicht tut! Solch gleichgültigen
Menschen muß man hetzen, wo er sich nur
findet und ihr als Feind betrachten, sogar
dann, wenn er unser eigener Bruder wäre,
denn vor allem der Gleichgültigkeit und den
Gleichgültigen verdanken die Tyrannen, daß
sie sich behaupten können.

Paneit Istrati (Aus: „Die Haiduken“).

Vom Erleben Gottes

Von Bruno Vogel

Unsere Unterhaltung war — der Teufel
mag wissen wie — auf den lieben Gott ge-
raten und schließlich ausgeartet in ein ziem-
lich temperamentvolles Duell zwischen der
Professorinwitwe, unserer Gastgeberin und
Stromberg. Die Witwa war so etwas wie
religiöse Sozialistin, aber sonst eine ganz sym-
patische Frau.

Sie verteidigte zäh und nicht ungeschickt
ihren Glauben an ein höheres Wesen, aber
Strombergs unerbittliche Logik zerpfückte
alle ihre Gründe zu albernem Sinnlosigkeiten,
sein überlegener Zynismus ließ ihr nur eine
wirre Menge blamabler Lächerlichkeiten übrig.
Leicht verstümmt und unsicher zögernd, zog
sie sich am Ende auf den letzten Stützpunkt
zurück, den Leute mit religiösen Gefühlen und
Bedürfnissen den Attacken der Vernunft ent-
gegenzusetzen haben:

„Das Für und Wider verstandesgemäßer
Ueberlegungen ist ja belanglos und sinnlos.
Was will unser armseliger Verstand, unser
winziges Vernunftfünkchen gegenüber der Er-
habenheit Gottes —“

„Zum Kuckuk,“ — unterbrach sie Strom-
berg — „nun kommen Sie noch damit!“
Womit wollen Sie denn überhaupt etwas er-
kennen, wenn nicht mit Ihren Sinneswerken
und Ihrem — ich will ja gern zugeben —
armseligen und winzigen Verstand?“

„Das ist ja der Grundirrtum! Wir können
Gott nicht erkennen — erleben muß
man Gott! Freilich, wenn ihr's nicht im innern
Herzen fühlt, ihr werdet's nie erjagen.“

„So?! Erleben muß man Gott! Sagen
Sie bloß, wie macht man das, wenn man Gott
erlebt?“

„Lassen Sie doch Ihren unangebrachten
Hohn! Dazu ist das Thema doch zu ernst.
Wandern Sie einmal einsam durch die gigan-
tische Majestät der Alpenwelt... Hoch über
Ihnen die Sterne erzählen von der tiefen Wei-
sheit ihres Schöpfers... Ihre Seele beginnt mit-
zuschwingen in der Harmonie des Alls — dann
werden vielleicht auch Sie die unmittelbare
Gewißheit Gottes erleben, erfüllen, jenseits
von allem Denken.“

„Da kann ich einfach nicht mehr mit. Was
gewisse Falten in der Erdoberfläche mit jener
Fiktion „Gott“ zu tun haben, die von schlauen
Leuten zur bequemeren Ausbeutung der Mit-
menschen ersonnen wurde, — das wird mir
schleierhaft bleiben. Außerdem muß ich schon
deshalb bedauern, Gott nicht erleben zu kön-
nen, weil ich noch nicht einmal weiß, wo ich
das Geld für die nächste Miete hernehme.
Geschweige denn für eine Reise in die Alpen-
welt.“

„Ihr seid langweilig!“ — meuterte Brade
gegen das Thema — „Tichon, gib mir eine
Zigarette!“

Tichon Meike reichte seinem Freund das
Etui, dann wandte er sich der Debatte zu:

„Gnädige Frau, Sie haben recht, man muß
Gott erleben.“

„Nicht wahr?! endlich einer, der auf den
Kern des Problems eingeht!“ so freute sich die
Witwe über die unerwartete Unterstützung.

„Ja. — Ich habe Gott auch erlebt, aber
nicht in den Alpen, sondern in Ostpreußen,
tausendneunhundertvierzehn.“

Es war einige Wochen, bevor Hindenburg
uns in die Sümpfe trieb. Damals war ich
Unterleutnant in der russischen Armee.

Wir hatten unter ziemlichen Verlusten ein
Dorf genommen, spät abends.

In Brand geschossene Häuser leuchteten
unserm mißtrauischen Einmarsch, aber nur das
qualengellende Brüllen verbrennenden Viehs
zeugte von Leben, die Einwohner waren ge-
flüchtet.

Unsere Kompagnie erhielt Befehl, in dem
Dorf zu bleiben.

Wir trafen Vorkehrungen gegen die Brände,
erschossen halbverkohlte Kühe und Schafe,
klebten Plakate an die Mauern, stöberten ver-
geblich im Gemeindeamt nach Papieren —
und endlich, lange nach Mitternacht, kamen wir
in die Quartiere.

Man hatte mir ein kleines, sehr nettes
Häuschen zugewiesen, etwas abseits lag es.

Mit entschärfter Pistole durchsuchte ich die
Räume. Im Parterre war niemand, aber wie
ich die Treppe hinaufstieg, hörte ich jemanden
singen.

Eine Frauenstimme: „Was Gott tut, das ist
wohlgetan, er ist mein Licht und Leben...“

Schubbereit riß ich eine Türe auf.
Ueber eine Wiege gebeugt, saß da eine
junge Frau.

Sie starrte mir fremdem Eindringling feind-
lich entgegen.

Betroffen stand ich einige Sekunden, dann
teilte ich ihr mit, daß ich in ihrem Hause ein-
quartiert sei und bat um ein Nachtlager.

Sie antwortete: „Wollen Sie mir auch mei-
nen Jungen wegnehmen?“

„Aber nein, durchaus nicht!“ ich konnte mir
den Sinn ihrer Worte nicht recht deuten.

Meine Zusicherung hatte sie zutraulich ge-
macht und wir kamen ins Plaudern. Was mir
nicht gerade besonders lieb war, denn ich war
derb müde.

„Ich sollte ihren Jungen nur mal an-
schauen, was das für ein prächtiger strammer
Bursch sei.“

Pazifismus Arbeiterverrat?

Von einem Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Die „Arbeiterverrat“, das Blatt der KPO hat den schnurrigen Einfall, sich darüber zu entsetzen, daß Genosse Kleinfeld in der vorletzten Nr. der SAZ in seinem Artikel „Die Schicksalsfrage“ den deutschen Nationalismus bekämpft, eine europäische Friedenspolitik und den Ausbau des Völkerbundes im Sinne des Genfer Protokolls gefordert hat. Das wird als „eine neue pazifistische Gipfelleistung der SAP“ angepöbelnd.

Für die „Arbeiterverrat“ ist also eine vernünftige, wirksame Friedenspolitik ein Verbrechen an der Arbeiterklasse! Zwar wird auch sie gegen die Losung „Nie wieder Krieg“ kaum einen Einwurf machen — es sei denn, daß die Kriegswut der kapitalistischen Staaten ja doch nicht zu bändigen sei —, aber die Schaffung eines zweckentsprechenden internationalen Systems der Kriegsverhinderung gilt ihr offenbar als „Arbeiterverrat“.

Nach dem Schema der Moskauer Internationale gibt es ja freilich nur ein Mittel, um den Krieg unmöglich zu machen: die Weltrevolution. Die SAP aber nimmt sich die Freiheit, dies Moskauer Dogma ebenso kritisch zu behandeln, wie andere Dogmen. Sie hat deshalb auch in ihrem provisorischen Programm erklärt, daß sie den Völkerbund nicht ablehnt, wenn sie auch seine Bedeutung nicht überschätzt. Daß zu solcher Überschätzung keinerlei Grund vorliegt, beweist ja gerade wieder das mandchurische Abenteuer und die Halsstarrigkeit Japans, den Beschlüssen des Völkerbundes keine Folge zu leisten.

Aber warum ignoriert Japan die Mahnungen des Völkerbundes? Weil der Völkerbund in seiner heutigen Gestalt in sich noch zu uneinig ist und auch vor allem nicht über die Machtmittel verfügt, um seinen Beschlüssen denjenigen Nachdruck zu geben, den jeder Staat und jede Behörde ihren Anordnungen zu geben vermag und geben muß, wenn sie respektiert werden sollen. Es ist gerade die Sache einer kraftvollen, ihrer geschichtlichen Mission bewußten Arbeiterklasse, die kapitalistischen und nationalistischen Gegenkräfte in jedem Lande derartig niederzuringen, daß der Völkerbund wirklich der Ausdruck des Friedenswillens der Massen wird und deren gemeinsame Interessen vertritt. Das setzt natürlich eine entsprechende Macht des internationalen klassenbewußten Proletariats voraus. Aber erfordert nicht eine gewaltsam-revolutionäre Niederwerfung des internationalen Kapitalismus mindestens ebensoviel Macht der Arbeiterklasse?

Das Genfer Protokoll mit seinem obligatorischen Schiedsgericht, seiner festen Verpflichtung, sich dessen Schiedsspruch zu unterwerfen, und der ferner Bestimmung, daß alle Mitglieder des Völkerbundes verpflichtet seien, gegen einen Friedensbrecher in gemeinsamer Aktion vorzugehen, war von der englischen Arbeiter-Regierung mitgeschaffen, von dem Labour-Year Book für 1925 mit Recht als das „bemerkenswerteste Ereignis eines Jahres der wichtigsten Entwicklungen“ gefeiert und von der Sozialdemokratie aller Länder als wichtigster Schritt zur Friedenssicherung begrüßt worden. Dagegen war es charakteristischweise die konservative englische Regierung, die das Genfer Protokoll durch Nichtunterzeichnung zum Scheitern brachte. Aber daß das Genfer Protokoll nicht die Zustimmung einer Tory-Regierung und den Widerstand des gesamten deutschen Nationalismus fand, kann doch

gerade den entschiedenen Sozialismus nicht in der Ueberzeugung irren machen, daß nur im Geiste und mit den Mitteln des Genfer Protokolls der internationale Friede gesichert werden kann.

Die „Arbeiterverrat“ glaubt die Proletariat durch das Wort „Völkerbunds-Gendarm“ kopfscheu machen zu können. Nun, wenn bei den Nazi-Ueberfällen in Braunschweig die Gendarmerie zum Schutze der bedrohten und niedergerückten Arbeiter energisch eingegriffen hätte, hätten die brutalisierten Proletariat sich das sicher gern gefallen lassen. Auch Sowjetrußland kommt nicht ohne polizeiliche Exekutive aus. Nicht die Polizeixekutive, nicht der Gendarm ist das Entscheidende, sondern die Sache, für die er eingesetzt wird. Sorgt der „Völkerbunds-Gendarm“ für die Sicherung des Friedens, so verdient er die Sympathie aller sozialistischen Proletariat.

Es kommt also ausschließlich darauf an, wie Völkerbund und Völkerbunds-exekutive aussehen und handeln. Und deshalb müssen sie eben unter den sozialistischen Einfluß gestellt werden. Durch alle Mittel des sozialistischen Klassenkampfes, versteht sich, aber unter diesen Mitteln darf auch die eifrigste und verständnisvollste Ausarbeitung am Völkerbund nicht fehlen. Mit Klassenkampffrasen und höhnischer Kritikasterei, hinter der sich nur Verständnislosigkeit und Unfähigkeit verschanzten, kann nie und nirgends politische Macht erobert werden.

Hitler will nicht!

Er spart sich für die Reichspräsidentenwahl auf

Von informierter Seite erfahren wir:

Wie wir erfahren, ist die Ablehnung des Zentrums, eine Koalition mit Hitler einzugehen, auf die Haltung des nationalsozialistischen Parteipapstes in den letzten Tagen zurückzuführen. Nachdem nämlich die Nationalsozialisten einsehen mußten, daß das Zentrum ihnen nicht so umfassende Machtbefugnisse einzuräumen bereit war, wie sie es forderten, nahmen sie von dem Geschäft überhaupt Abstand und schickten wieder Alfred Rosenberg, den Zentrumsfresser in die Front. Für Hitler hat die Teilnahme an einer Regierungskoalition nur dann Sinn, wenn er praktisch die ganze Macht erhält. Sonst ist sie für ihn ein schlechtes Geschäft. Er kann es als Minister auch nicht allen seinen Anhängern recht machen, vor allem wird er sich außenpolitisch zu allerhand Konzessionen bereit erklären müssen und wir gleichzeitig den Beweis liefern, daß auch er dem Wirtschaftselend nicht Einhalt gebieten kann, würde sich also recht bald enttäuscht von ihm abwenden. So erscheint es Hitler als praktischer, sich alle Agitationsmöglichkeiten offen zu halten und in den kommenden Monaten seine Machtposition noch zu verstärken, um dann bei den Reichspräsidentenwahlen in „großer Form“ zu sein.

Blutregime Horthy

Stürmische Auftritte gab es im ungarischen Abgeordnetenhaus. Die Sozialisten riefen dem Finanzminister zu, das System der Regierung sei an der Finanzkatastrophe schuld. Ebenso stark war der Protest der Sozialisten gegen den Innenminister der Regierung. Er gab die Erklärung ab, daß das Kabinett an der Standrechtsverordnung festhalte. Die Henkersjustiz des Horthy und Konsorten nimmt also ihren Fortgang!

MacDonald in Nöten

Schwierige Kabinettsbildung
Die Kabinettsbildung des „Siegens“ MacDonald steht nicht unter einem günstigen Stern. Der Führer der Konservativen, Baldwin, hat endgültig abgelehnt, den Schatzkanzlerposten, den bisher Snowden innegehabt hatte, zu übernehmen.

Wahrscheinlich rechnet Herr Baldwin, und nicht zu unrecht, damit, daß er bald an MacDonalds Stelle dem Kabinett vorstehen kann. Außerdem dürfte der Posten des Schatzkanzlers in dieser Zeit alles andere als begehrt sein. Wenn MacDonald sich nunmehr wiederum an Neville Chamberlain wenden muß,

so wird es ihm kaum mehr möglich sein zu behaupten, daß die „nationale Regierung“ den Schutzzollplänen gegenüber freie Hand hat.

Denn der Bruder des ehemaligen Außenministers ist bekannt als einer der eifrigsten Verfechter von Hochschutzzöllen.

Die Tories sind schon jetzt heftig verstimmt gegen MacDonald, weil er beabsichtigt, Sir P. Cunliff-Lister aus dem Handelsamt auszuschleifen, das ebenfalls wegen der Zollfrage von besonderer Bedeutung

für den zukünftigen Kurs ist. Sie sind heftig geladen gegen die Samuelgruppe der Liberalen und möchten sie lieber heute als morgen aus der Regierung heraussetzen. Die Tories gleichen, so erklärte ein Liberaler, einer gewaltigen Meereswoge, die das Regierungsschiff jeden Augenblick zum Scheitern bringen kann. Armer MacDonald!

Austen Chamberlain verzichtet

London, 3. November.

Wie in den Wandelgängen des Unterhauses verlautet, hat Austen Chamberlain beschlossen, keinen Ministerposten zu übernehmen, um das Feld jüngeren Männern frei zu lassen.

Nachspiel zur Matrosen-Meuterei

(WTR.) London, 4. November.

Wie die Admiralität mitteilt, sind 24 Mannschaftsmitglieder der Atlantischen Flotte, da sie sich auch nach den Zwischenfällen in Invergordon verstöße gegen die Disziplin zu schulden kommen ließen, entlassen worden.

Laval gefährdet? Auftakt zu den französischen Kammerwahlen

Kongreß der Radikalen Partei eröffnet

Paris, 5. November.

Der Kongreß der Radikalen Partei wird heute vormittag eröffnet werden. Seiner Verhandlungen wird in diesem Jahre besondere Bedeutung beigelegt, weil aus ihnen vor allem ein

Rückschluß auf die Taktik möglich sein wird, die die Partei bei den kommenden Kammerwahlen einzunehmen gedenkt.

Der Vorsitzende der Partei, Daladier, wird voraussichtlich eine Wiederwahl nicht annehmen. Man vermutet, daß an seiner Stelle Abgeordneter Herriot wieder Vorsitzender der Partei wird, nachdem er bereits seit 1. Januar Vorsitzender der Kammerfraktion ist und als solcher neben dem Parteivorsitzenden einen starken Einfluß auf die Haltung der Radikalen ausgeübt hat. Auf der Tagesordnung stehen u. a. ein Referat des Abgeordneten Pierre Cot über die Außenpolitik sowie Referate über die Innenpolitik und die Taktik der Partei; hierfür sind die Abgeordneten Chautemps und Marchandoux bestellt worden, weil offenbar innerhalb der Kammerfraktion zwei Strömungen vorherrschen, von denen die eine für eine Koalition mit den Parteien der Mitte eintritt, die andere aber offenbar die Absicht hat, ohne jede politische Bindung, weder nach rechts noch links, in den Wahlkampf zu ziehen. Für die Entwicklung des Wahlkampfes wird deshalb die Entscheidung des Radikalen Kongresses von Bedeutung sein; sie dürfte schließlich auch die Haltung des Kabinetts Laval in der in der kommenden Woche beginnenden Parlaments-session beeinflussen.

Herriot befaßte sich heute in der „Ere Nouvelle“ bereits mit der Taktik der Radikalen. Er schreibt: Augenblicklich muß es der jetzigen Parlamentsmehrheit überlassen bleiben, die Folgerungen aus der gegenwärtigen Lage zu ziehen und die Verantwortung für die von ihr gewollte Außen- und Innenpolitik zu übernehmen. Die Politik der letzten Jahre, die sogenannte Politik der Prosperität,

— so fährt Herriot fort — sei gegen die Radikalen gerichtet gewesen.

Ministerpräsident Laval habe den Radikalen den Rücken gekehrt, wenn er an seine Mehrheit appelliert.

Das sei sein Recht, das auch von den Radikalen vollkommen geachtet worden sei. Jedemal, wenn die Radikalen von einer Zusammenfassung der republikanischen Kräfte unter Ausschluß der Rechten gesprochen hätten, seien sie abgewiesen worden. Den radikalen Ministerien Chautemps und Steeg sei nicht der geringste Kredit bewilligt worden; beide seien gestürzt worden und — so heißt es weiter — man wisse ja von wem. Die jetzige Regierung wolle die Regierungsverantwortung behalten, eine Tatsache, die die Radikalen nicht vergessen würden, wenn über taktische Fragen diskutiert werde. Aber die Taktik sei gegenwärtig nicht das Wichtigste.

Die Stellung Lavals, das sei in diesem Zusammenhang bemerkt, ist nicht so gesichert, wie man nach seinen unbestreitbaren Erfolgen annehmen könnte. Tardieu und Maginot ziehen gegen ihn zu Felde, weil sie selbst auf die Ministerpräsidentenschaft spekulieren. Die Mehrheit, auf die sich das französische Kabinett stützt, beklagt sich über die von Laval eingesetzten Regierungspräsidenten, deren Wirken sie ihre Niederlage bei den Kantonalwahlen zuschreibt. Diese Kreise wünschen einen Innenminister, der ganz unter ihrer Botmäßigkeit steht, um so die Wahlen von 1932 besser für ihre Zwecke vorbereiten zu können.

Auf der anderen Seite sind bei den Radikalsocialisten die Tendenzen zu einem taktischen Zusammengehen mit den Sozialisten stärker, als sie in der vorstehenden Meldung zum Ausdruck kommen. Besonders der ehemalige Unterrichtsminister François Albert setzt sich stark dafür ein, daß beim zweiten Wahlgang Radikalsocialisten und Sozialisten — im Gegensatz zu der Wahl von 1928 — zusammengehen, um so die gemeinsamen Gegner auszuhalten.

Wer keine Wahl hat, hat die Qual

Von F. C. WEISKOPF

(Aus dem Novellenband „Der Traum des Friseurs Cimbur“, Copyright by Malik-Verlag, Berlin.)

4. Fortsetzung.

V

Und dann kommt es doch anders. Daran aber sind die Nächte schuld! Die Nächte, — denn hätte es die nicht gegeben während der letzten dreimal vierundzwanzig Stunden... die Sache wäre nicht so ausgefallen. Ganz gewiß nicht!

Tagsüber nämlich — wenn man trotz allen tröstlichen Gedanken und guten Gründen nicht mehr weiß, wo ein und aus — hat man wenigstens all das, was einen bedrängt, leibhaftig und greifbar vor sich, den Zettel zum Beispiel oder die leere Medizinflasche. Da sieht man deutlich, daß es mit den zwanzig Kronen seine volle Richtigkeit hat (zwanzig Kronen sind keine Kleinigkeit); man erkennt aber auch, daß der Weg zur Betriebskanzlei nichts anderes ist, als eine grausame Spießbratengasse (an allen Hüttenfenstern vorbei), viel zu lang, als daß man jemals bis an ihr Ende gelangen könnte. Da beobachtet man tatsächlich, daß das Gesicht der Frau in diesen Tagen schneller verfallt als bisher; aber da merkt man auch, wie die Kameraden bereits argwöhnisch zu werden beginnen, wenn man vor dem vergilbten Zettel haltmacht.

In der Nacht aber ist es anders. Da gibt es diese greifbaren Dinge nicht, da sieht man den Feind nicht, mit dem man sich schlagen soll.

Da ist man allein, ganz allein mit dem Leisen und doch so lauten Krankentatzen, der man anhört wie das hoffnungslose Umher-

tappen eines müde gewordenen verirrtten Kindes oder wie das Ticken des Totenwurms in altem Holz. Mit diesem Atem, in dessen schneller und schneller werdendem Marschakt der unendlich lange Weg zur Betriebskanzlei zu einem einzigen winzigen Schritt wird und das Gesicht der Milada zu einem kleinen weißen Perlmutterknopf zusammenschumpft.

Drei Nächte wehrt man sich.

Kämpft. Keuchend und stöhnend. Mit zusammengebiessenen Zähnen. Mit ausgetrockneten Augen. Mit tiefenden Schläfen.

Bei Anbruch des vierten Tages streckt man die Waffen.

Man kann nicht anders.

Worauf sich dann die Ereignisse in chronologischer Ordnung folgendermaßen abspielen:

Am Morgen jenes vierten Tages verschwindet Pulkrábek noch vor Sonnenaufgang, ohne daß jemand weiß, wohin.

Im Laufe des Vormittags schicken die Kameraden, die im „Blauen Montag“ bei einer Beratung zusammensitzen und vergeblich auf ihn warten (was hat er nur heute? Sonst ist er immer der Pünktlichste von allen!), dreimal einen Jungen ins Oberdorf, um ihn zu holen: zweimal in seine Hütte und einmal sogar in die Ziegelei. (Man kann nicht wissen — vielleicht treibt er sich dort oben herum. Ist ja ein wenig wunderbar gewesen in den letzten Tagen!) Dreimal also. Jedemal ohne Erfolg.

In vorgerückter Vormittagsstunde — schon

alle wissen, daß mit Vojta Pulkrábek etwas „los“ ist — kommt jemand mit der Nachricht, seiner Frau gehe es so schlecht, daß... Der Pulkrábek übrigens sei noch immer nicht zurück! (Halt ja! Natürlich! Wird um einen Arzt gegangen sein!)

Knapp vor Mittag hört man dann, daß die Milada eben gestorben ist und gleich darauf taucht Pulkrábek auf, sichtlich ermattet und verstört, — die Stiefel vom Staub der Landstraße weiß getüncht, das Gesicht von Schweiß und Schmutz geschwitzt. Da er vom Oberdorf herkommt und offensichtlich dem Gemeindehaus zustrebt, ist es klar, daß er aufs Amt geht, den Tod seiner Frau meldend.

Er bewegt sich langsam vorwärts, mit Schritten, die seltsam unbelebt und schwer sind. Der Oberkörper ist vorgebeugt wie unter einer Last. Die paar Zurufe, die zu ihm hinüberflattern, beachtet er nicht.

Vor dem Gemeindehaus macht er halt, — aber nur um sich durch einen Blick zu überzeugen, daß der bewußte Zettel noch da ist. Dann tritt er weiter, dem Sägewerk zu.

Aber unten am Fluß biegt er von der Straße ab und nimmt den Fußweg, der nahe dem Werk zu dem kleinen weißen Direktorhaus hinüberführt.

Die Streikposten, die — aus purer Gewohnheit, und weil eben nicht viel anderes zu tun ist — nicht weit vom Werk herumlungern, starren ihm mit offenen Mäulern verduzt nach.

„Halloh“!

Da ist er schon in dem weißen Haus verschwunden.

Eine halbe Stunde später — so lange dauert es, bevor der aus tiefstem Dösen jäh emporgescheuchte junge Volontär begriffen hat, was denn der Mensch da vor ihm eigent-

lich will — tritt Pulkrábek, eine knisternde Zwanzigkronennote in der zusammengekrampften Faust, aus dem Dämmer der Kanzlei wieder hinaus in den grellen Mittag.

Bei seinem Anblick nimmt ein halbes Dutzend halbwüchsiger Jungen, die offenbar auf sein Erscheinen gelauert haben, johlend Reißaus.

Er steht eine Weile auf der Schwelle, die Arme ganz schlaff niederhängend, das graue Gesicht schieb nach aufwärts gewendet wie ein erblindeter Hund, der das Licht sucht. Dann setzt er sich mit plötzlichem Ruck in Bewegung und geht mit seinen seltsam unbelebt, schweren Schritten auf das Dorf zu.

Stille.

Nur das Schlurren und Scharren der Nägel und Hufeisen an Pulkrábeks Stiefeln ist zu hören.

Und wie dieses Schlurren und Scharren als einziger Laut die Stille unterbricht, so lebt Pulkrábeks müder steinerne Gang als einzige Bewegung inmitten einer großen, drückenden Reglosigkeit.

Er erreicht die ersten Häuser. Die Straße ist wie ausgestorben.

Auf halbem Weg zu seiner Hütte, gerade gegenüber dem Gemeindehaus hält ihn die alte Marjanka auf und fragt mit ihrer lauten, krarrenden Schwerhörigenstimme, ob die Milada selig einen leichten Tod gehabt habe:

„Bei Gott, sie hat einen leichten verdient, das arme Seelchen! Na gut, daß sie's überstanden hat...“

„Wa...?“
Verständnislos starrt er sie an, vor den Kopf geschlagen. Da wiederholt sie ihre Frage. „Wa—as?!“
Sein Gesicht wacht auf. So schreckhaft (Schluß auf der vierten Seite.)

Es klingt wie ein Märchen . . .

Ein vernünftiges Urteil des Reichsgerichts: Die Revision im Fall George Grosz verworfen!

Leipzig, 5. November.

Das Reichsgericht hat die Revision der Staatsanwaltschaft im Gotteslästerungsprozeß George Grosz abgewiesen. Damit ist das freisprechende Urteil rechtskräftig geworden.

Durch diese Entscheidung hat das Reichsgericht nunmehr endlich den Schlußstrich unter ein für die höchste Gerichtsinstanz Deutschlands nicht gerade rühmliches Kapitel gesetzt. Der Prozeß, bei dem das George-Grosz-Bild „Christus mit der Gasmask“ inkriminiert war, spielt jetzt seit annähernd drei Jahren. Das Schöffengericht Charlottenburg hatte seinerzeit George Grosz und den Verleger Wieland Herzfelde verurteilt. Durch die Strafkammer des Berliner Landgerichts III wurde dieses Urteil aufgehoben: beide Angeklagte wurden, unter einer klassischen Begründung des Landgerichtsdirektors Siegert, freigesprochen. Das Ethos des Zeichners wurde anerkannt und jenes kriegerische Pfaffentum verurteilt, welches in der „großen Zeit“, christliche Phrasen im Munde führend, Bomben und Tanks segnete. Dieses klare und gute Urteil wurde vom Reichsgericht aufgehoben. Die Kammer Siegert erneuerte die Freisprechung. Sie weikerte sich, das Urteil des gesunden Menschenverstandes zu korrigieren.

In der jetzigen Verhandlung vor dem 2. Strafsenat des Reichsgerichts unter Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Witt beantragte Reichsanwalt Schneidewien die erneute Aufhebung des Urteils und Verweisung der Sache an ein benachbartes Landgericht. Das letzte Urteil der Berliner Strafkammer, das bekanntlich unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Siegert gefällt worden war, treffe zwar nunmehr eine eindeutige Feststellung darüber, was sich Grosz bei dem Bild gedacht habe. In diesem Urteil, das an sich glanzvoll geschrieben sei, müsse jedoch eine Nachprüfung darüber vermisst werden, ob der Maler sich nicht auch bewußt gewesen sei, daß die Zusammenstellung der Person des Christus mit militärischen Emblemen, mit Gasmasken, Schaffstiefeln usw., auf gläubige Christen verletzend wirken müsse. Auf jeden Fall hätte die Vernichtung der Bilder und die Unbrauchbarmachung der

Platten ausgesprochen werden müssen. Demgegenüber wandte sich Rechtsanwalt Dr. Apfel-Berlin gegen den Antrag des Reichsanwalts und betonte, daß die vom Reichsanwalt vermittelte Prüfung bereits eindeutig in der Vorinstanz erfolgt sei. Während es sich bisher um einen Kampf um den geistigen und künstlerischen Inhalt gehandelt habe, scheine sich das Verfahren jetzt immer mehr zu einem Kampf zwischen den unteren Instanzen und dem Reichsgericht auszuwachsen.

Hierauf erging das oben wiedergegebene Urteil. Es bedeutet wahrscheinlich — zum erstenmal in der „Gotteslästerungs“-Praxis des Reichsgerichts! — eine Desavouierung der Wünsche des Pfaffentums. Leider ist aber zu befürchten, daß das Reichsgericht in Balde wieder „rückfällig“ wird. . . .

Gottvater beleidigt = 3 Monate Gefängnis!

Das Schöffengericht Charlottenburg verurteilte den Schriftsetzer Martin Teuber wegen Gotteslästerung und Beschimpfung der Einrichtungen und Gebräuche der christlichen Kirche zu drei Monaten Gefängnis. Das Gericht erblickte in der Darstellung der Figur Gottvaters in der von dem Angeklagten veranstalteten Revue anläßlich eines kommunistischen Gottesdienstes eine Gotteslästerung. In der Art, wie Gottvater lächerlich gemacht werde, liege eine Herabsetzung der Idee des Gottesstums. (!) Das Urteil stützt sich auf verschiedene Zeugen, die das gesetzmäßig vorgeschriebene Aergernis genommen hatten. Auch dieser Fall zeigt, wie notwendig die Offensive gegen den mittelalterlichen § 166 des Strafgesetzbuches ist!

Das ist keine Gotteslästerung

Ein nationalsozialistischer Geistlicher hat — nach Mitteilungen des landbäuerlichen Abg. Böckelmann im Thüringer Landtag — unlangst in einer öffentlichen Versamm-

lung in Ostthüringen erklärt, er bitte den lieben Gott, ihm einen guten Hanf zu schenken, um damit die November- und Inflationsverbrecher aufhängen zu können.

Wo ist der Staatsanwalt, der hier die Anklage wegen Gotteslästerung erhebt??

Nazi-Ueberfall nach Schluß einer SAP-Versammlung

Am 3. November fand in Oldenburg die erste öffentliche Versammlung der SAP statt. Obgleich SPD und KPD zu gleicher Zeit Mitgliederversammlungen einberufen hatten, war der große Ziegelhofsaal dicht besetzt. Während das Referat des Genossen Küster, Berlin, mit musterhafter Ruhe angehört wurde, zeigte sich in der Diskussion, daß die Nazis in großer Stärke anwesend waren. Nicht nur aus der Stadt, sondern auch aus der Umgebung waren die SA-Leute herangezogen worden. Trotzdem verlief auch die Aussprache — je ein Nazi und KPD-Mann — verhältnismäßig ruhig. Das Schlußwort Küsters, in dem er sich vehemlich mit dem Nazi-Redner auseinandersetzte, erzeugte wohl Nervosität und Unruhe bei den Nazis, konnte aber durchgeführt werden, so daß die Versammlung ordnungsgemäß geschlossen wurde. Da begannen die Nazis zu lärmern und stimmten ihre Kampflieder an, die aber bald von der Internationale übertönt wurden. In dem Moment kam es am Saalausgang plötzlich zu einer Schlägerei. Stühle und andere Gegenstände durchflogen den Raum und gingen in Trümmer. Auf beiden Seiten gab es Verletzte, so daß zwei Aerzte in Tätigkeit treten mußten.

Der Ueberfall ist von nationalsozialistischer Seite planmäßig erfolgt. Selbst zwei Polizeibeamte — zwei waren überhaupt nur anwesend — wurden verletzt. Unser Schutzbund hatte eine harte Feuerprobe zu bestehen.

Genosse.

Werde Mitglied der SAP

Sport-Ecke

Handball Zwickau

Wilkau 1—Haßlau 1, 10.30 Uhr.

Werdau 1—Friesen-Altenburg 1, 15.30 Uhr.

Marienthal 1—Stöcken 1, 9 Uhr.

Lichtentanne 1—Turner Crimmitschau 2, 10 Uhr.

Achtung Spielleiter! Sonnabend, 7. Nov., 17 Uhr: Börse in der „Fichte“, Zwickau.

Breslau

An alle Frauenturnerinnen. Für die Vorturner und Vorturnerinnen aller Frauen-Abteilungen findet jetzt regelmäßig jeden Montag ein Schulungsabend statt. Die Heranbildung zum selbständigen Leiten soll das Ziel dieser Abende sein. Die erste, solche Turnstunde findet am Mittwoch, den 11. November, um 20 Uhr, in der oberen Turnhalle der Liegnitzschule, statt. Jede Abteilung ist mit 3 bis 4 Genossen bzw. Genossinnen vertreten.

Fahnenschwingen. Alle Genossinnen und Genossen, welche bei der 30-Jahrfeier beim Fahnenschwingen mitgewirkt haben, treffen sich am Freitag, 6. November, in der oberen Turnhalle zu einer Probe. Mitwirkung an der Revolutionsfeier.

4. Frauen-Abteilung. Montag, den 9. November, nach dem Frauenturnen, Versammlung. Anschließend Turnen.

Bezirksvorstand. Der Spieler Adolf Malzahn (V. I. K.) wird ab sofort für sämtliche Spiele gesperrt.

A. T. u. S. V. Hundsfeld. Freitag, 6. November 1931, 20 Uhr Monatsversammlung bei Franzcek

B. S. C. Goldschmieden. Freitag, den 13. November, 20 Uhr Monatsversammlung bei Tramer. Mittwoch, den 11. November Vorstandssitzung.

V. f. B. Ollaschn. Sonnabend, den 14. November, 19 Uhr Vollversammlung im Vereinslokal. Der erweiterte Vorstand trifft sich zwei Stunden vorher.

A. F. V. Piell. Freitag, 6. November 16 Uhr, erweiterte Vorstandssitzung. 20 Uhr Vollversammlung. Berichtigungen für Sonntag, den 8. November 1931.

Es fallen aus: Einheit I. Jug. — Canth I. Jug. — Südost II. Jug. — Eintracht II. Jug. — 1928 III — V. I. F. — B. III. — Die Spiele Sparta I und II — Südost I und II steigen um 13 Uhr. 14.45 Uhr am Schachhof, III. Kick. III — Wacker III beginnt 14.20 Uhr auf der Brückenaue.

Briefkasten

Parteiversammlungsbericht Strehlen. Welches Strehlen ist gemeint? Antwort an die Redaktion der SAZ.

Todes-Anzeige.

Tieferschüttert bringen wir zur Kenntnis, daß unsere liebe Tochter und Schwester

Lotte Eckstein

am Sonntag, den 1. November 1931, im blühenden Alter von 20 Jahren aus dem Leben geschieden ist. Sie hat ihr junges Leben der Idee des Sozialismus gewidmet.

Nürnberg, den 4. November 1931.

Dr. Wilhelm Eckstein und Frau Günther Eckstein.

PROLETON

GABITZSTR. 20-22 HÖFCHENSTR. 49
ANFANGSZEITEN: 4.30, 6.40, 8.50 UHR

Vom 6. bis 12. November

Der 1. Sexuationfilm

FEIND IM BLUT

Ferner:

ABSCHIED

Regie: Robert Sodmak

Neueste lösende Wochenschau

Im Varietéteil auf der Bühne:

2 MARZONY

Für Jugendliche vorhanden! Fahrradstand vorhanden!

Arbeiter-Sport-Kartell Breslau

Sonntag, nachm. 2.30 Uhr:

Große Kindervorstellung

Kinder der Vereine 20 Pf., sonst 30 Pf.

SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis: monatlich . . 2,40 RM. einschl. Bestellgebühr
wöchentlich . . 0,60 RM. einschl. Bestellgebühr
bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf. Zustellgebühr

BESTELL-SCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung.“

Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name:

Wohnort:

Straße:

Diesen Bestellschein nimmt entgegen: jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Brieffräger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungsverlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.

Helft mit!

Genossen! Helft mit am Aufbau der S. A. P. Unterstützt unsere Arbeit durch pünktliche Zahlungen

Werbt für die SAZ!

(Schluß von der dritten Seite.) und voller Grauen, daß die Marjanka — sich bekreuzigend — zurückfährt:

„Susmarjandjosef! Er hat's im Kopf!“ Und sie rennt, während er wie betrunken hin und her taumelt und dann schwer niederschneidet, kreischend davon.

Als sie nach einer guten Weile mit einem ganzen Haufen anderer zurückkommt, ist von Pulkrábek nichts mehr zu sehen. Nur die schmierige Ledermütze liegt da und ein verkümmertes Papierfetzen, — der heruntergerissene gelbe Zettel.

VI

Eine Weile später rennt die alte Marjanka oben in der letzten Hütte des Oberdorfs die Tür ein.

Durch den Lärm wird Pulkrábek, der sich gerade über seine tote Frau beugt, aufgeschreckt. Er schrickt jäh herum. In der Hand hält er eine Schnur.

Angesichts der Schnur beginnt die Alte zu bläuen:

„Herrjesus, gebenedeiter, er tut sich was . . .!“ Pulkrábek starrt sie verdutzt an. Dann begreift er.

„Was schreist? Glaubst wohl, ich will mich aufknüpfen?“

Er stößt ein heiseres Lachen hervor.

„Unsin! Der Strick ist für die Hosen!“

Er deutete auf den Boden, wo die Stücke eines zerrissenen Hosenträgers liegen.

Der Alte hat sein Lachen die Sprache verschlagen. Sie steht mit wackelndem Kinn da und glotzt. Versteht nichts von dem, was hier vorgeht.

Pulkrábek hat die Schlinge zu Ende geknüpft und bindet sich die Schnur um.

„So —! Jetzt halten sie wieder!“

Er zupft die Hosen zurecht und greift dann nach dem Rock, der über einer Stuhllehne hängt. Langsam und umständlich beginnt er ihn abzustäuben.

„Muß hinunter ins Dorf und den Leuten erklären, wie eigentlich alles gewesen ist! Weißt? Sonst glauben die am Ende, der alte Pulkrábek ist ein Lump und hat sie verkauft . . .!“

Er unterbricht seine Arbeit, um die verbrauchte Pfeife hervorzuholen und in Brand zu stecken.

Paffend:

„Und daweil . . . wenn er wirklich so einer wär“, was seine Genossen verkauft . . . er hätte sich schon . . .“

Die Hand fährt an die Kehle und macht die Gebärde des Sich-Aufhängens.

„Aber er ist gar kein Lump! Das ist's ja eben! Grad vorhin, wie du herein bist, hab ich das der Milada erklärt!“

Marjanka bekreuzigt sich. („Um Gottes willen, er ist verrückt! Man müßte . . .“) Aber der Schreck ist ihr so in die Glieder gefahren, daß sie sich nicht von der Stelle rühren kann.

So hört sie denn zu, wie Pulkrábek — mehr zu sich selbst, als zu ihr — weiterspricht:

„Milada, hab ich gesagt, Milada, da wär wieder Geld für die Medizin . . . aber jetzt brauchst du sie ja nicht mehr! — Schöne Geschichte das, Milada, was? Verdamm!

Dich hab ich verkommen lassen und die andern obendrein noch verkauft! Schöne Geschichte, pfui Teufel! Bleibt einem wirklich nichts anderes übrig, als . . .“

Er macht wieder die Gebärde des Sich-Aufhängens und Marjanka muß sich ein zweites Mal bekreuzigen.

Schweigen.

Dann redet er weiter:

„Hm . . . ja . . .! Nur . . . nur, wie ist das eigentlich, Milada?! Bin ich wirklich schuld daran, daß es so gekommen ist, oder hab ich dich nur verkommen lassen, weil ich immer gedacht hab: du wartest halt noch einen Tag, vielleicht kommt doch noch von irgendwo Hilfe und du brauchst die andern nicht einzutunken . . .! Sag, ist's nicht so gewesen? . . . Na siehst du! Erst das Handgeld wieder, das bin ich mir erst holen gegangen, wie's eben nicht mehr anders ging . . .! Ja! Und weil ich immer gedacht hab: die Milada, nein, die darf nicht kriepieren! Für die mußt du das Geld beschaffen! — Nu?! Was sagst du jetzt, Milada?! Begreifst die ganze Sache nicht, was?“

Er sieht Marjanka bei diesen Worten an. Die nickt zähneklappernd Zustimmung. Aber da schaut er schon wieder auf den Rock hinunter, den seine Hände noch immer abstäuben.

„Freilich . . . freilich . . .! Ist ja auch nicht leicht zu begreifen, so was! Da ist man sein Leben lang ein anständiger Kerl gewesen, hat immer gewußt: das hier ist richtig und das dort ist eine Lumperei, und jetzt auf einmal . . .“

In diesem Augenblick schüttelt Marjanka endlich die Starre ab, die sie bisher an die Schwelle genagelt hat, und nimmt Reißaus. Knallend fällt hinter ihr die Tür ins Schloß. Pulkrábek fährt zusammen, blickt verdutzt um sich: auf die Tür, aufs Bett, auf den Rock in seinen Händen. Dann besinnt er sich. Ueber seine Lippen gleitet ein Lächeln, und während er den Rock langsam anzieht, wendet er sich ein letztesmal zu der Toten:

„Also schau dir deinen Pulkrábek an, Milada! Redet er da wer weiß wie lange in dich hinein, wo du's doch gar nicht mehr hörst, — und mußt doch hinunter ins Dorf, den Leuten erklären, wie das eigentlich ist mit seiner Lumperei: daß unsereins nur darum ein Lump wird, weil ih mdie paar Sechser fehlen für die Medizin . . . und daß ihm die Sechser nur darum fehlen, weil der alte Kotrejšek seine Ziegelei zusperrt und überhaupt . . .!“

Und überhaupt: Weil die Welt nicht zu brauchen ist, so wie sie ist!

Weil sie erst noch umgebaut werden muß! Solid und lauber.

So, wie sich's gehört!

. . . Und von Grund auf, versteht sich!

Ende.

(Nachbemerkung der Redaktion:) Wir glauben zum Abdruck dieser Novelle autorisiert zu sein, nachdem weder der Verfasser P. C. Weiskopf, noch der zuständige Verlag prinzipielle Bedenken geäußert hätten. Nachträglich ergibt sich daß in M.R. verständig obgewaltet, und die juristisch bindende formelle Zusage fehlt hat. Auf besonderen Wunsch stellen wir das hier fest.